



Workshop Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Potsdam, 08.11.2012

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Einführung	3
Nachhaltige Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg	5
Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Berlin-Brandenburg	12
Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge	13
Arbeitsgruppe 1: Fachkräftesicherung	13
Arbeitsgruppe 2: Regionale Wertschöpfungsketten am Beispiel der Ernährungswirtschaft	15
Arbeitsgruppe 3: Nachhaltige Unternehmensführung in Brandenburg	19
Arbeitsgruppe 4: Nachhaltige „Unternehmenslandschaften“ in Brandenburg	23
„Was nehmen Sie mit für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie?“	26
Anhang.....	28
Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Berlin-Brandenburg – Ergebnisse der Kleingruppendiskussion	28
Fotos Arbeitsgruppe 1 Fachkräftesicherung	34
Fotos Arbeitsgruppe 2 Regionale Wertschöpfungsketten am Beispiel der Ernährungswirtschaft	37
Fotos Arbeitsgruppe 3 Nachhaltige Unternehmensführung in Brandenburg	44
Fotos Arbeitsgruppe 4 Nachhaltige „Unternehmenslandschaften“ in Brandenburg	47
Liste der Teilnehmenden	54
Liste der Teilnehmenden.....	54

Veranstaltungsort

Hoffbauer-Tagungshaus

Hermannswerder 23

14473 Potsdam

Begrüßung und Einführung

Dr. Klaus Sauerborn
TAURUS ECO Consulting GmbH

Herr Dr. Sauerborn hebt zunächst hervor, welche große Herausforderung die Vorbereitung des Workshops bedeutete. Die wichtigste Frage war, wie die Themen Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen eines eintägigen Workshops angemessen diskutierbar gemacht werden könnten. Die **enorme Breite und Vielfalt der zugehörigen thematischen Aspekte und politischen Handlungsfelder** bedingten ein noch umfangreicheres Eruiere der Interessenlagen und Diskussionen mit der IMAG und dem Nachhaltigkeitsbeirat als bei allen vorherigen Workshops.

Ziele des Workshops

Einerseits sollen im Workshop **grundlegenden Fragen** behandelt werden. Diese ergeben sich aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung in Bezug auf die gegenwärtigen und zukünftigen Triebkräfte, Ziele und Formen des Arbeitens und Wirtschaftens. Andererseits ist es wichtig, eine **spezifische Verbindung zur realen wirtschaftlichen Situation in Brandenburg (und Berlin)** sowie zur Landespolitik in einschlägigen Themenfeldern herzustellen. Dies bedeutet, die Aufmerksamkeit auf ausgewählte Themenfelder zu richten, die in Brandenburg eine besondere Relevanz haben oder zumindest haben sollten. Hierzu gehöre sicherlich die Fachkräftethematik, wie auch ökonomische Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raums und die nachhaltige Entwicklung von Unternehmen, Branchen, Clustern und Technologien. Herr Dr. Sauerborn betont, wie wichtig es ist, die **vielfältigen Verflechtungen in der Hauptstadtregion** bei allen Überlegungen mit zu berücksichtigen. Dies erfolgt allerdings schon oft in der gegenwärtigen politischen Praxis.

Grundlegende Themen

Die Unterscheidung zwischen grundlegenden und spezifischen Fragestellungen zum Thema Wirtschaft und Arbeit bildet den Hintergrund für das Programm des Workshops. So liege der Schwerpunkt zunächst



auf der Darstellung und Diskussion von Grundlagen und Grundsätzen. Dazu werde Frau Hübner aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales die Politik und Sichtweise eines Ressorts der Landesregierung vorstellen. Der inhaltliche Schwerpunkt liege dabei vor allem auf den Themen Arbeit und Fachkräfte. Im Anschluss werde Herr Petschow aus der Sicht der Wissenschaft über einige Grundprobleme, wie auch Grundsätze nachhaltigen Wirtschaftens sprechen und von dort eine Brücke zu ausgewählten Themen der Brandenburgischen Wirtschafts- und Innovationspolitik schlagen. Daraufhin werde Herr Rödel aus der Sicht eines Unternehmers, der sich mit nachhaltigen Produkten und Technologien am Markt behauptet, über Erfolge und Erfahrungen, aber auch über Schwierigkeiten berichten. Dabei zieht er auch Schlussfolgerungen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Im Anschluss sei es für die Teilnehmenden möglich, sich über die aus Ihrer Sicht wichtigsten Grundsätze und Ansatzpunkte für eine **nachhaltige Gestaltung des Wirtschaftens und Arbeitens** auszutauschen.

Arbeitsgruppen

Später gibt es thematisch fokussierte Diskussionen zu einzelnen Themen im Rahmen der Arbeitsgruppen. Die **Arbeitsgruppen** gliedern sich in die folgenden Themenbereiche:

1. Fachkräftesicherung
2. Regionale Wertschöpfungsketten am Beispiel der Ernährungswirtschaft
3. Nachhaltige Unternehmensführung in Brandenburg
4. Ein noch offenes Thema, dass unter dem Arbeitstitel ‚Nachhaltige Unternehmenslandschaften‘ zur Vertiefung von Aspekten der Vormittagsdiskussion erst gegen Mittag bestimmt wird.

Aus diesem Grund will man in einer anschließenden Podiumsdiskussion erfahren, was die Teilnehmenden für die **Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie** mitnehmen. Abschließend wird Herr Staatssekretär Heidemanns aus Sicht des Wirtschaftsministeriums das Schlusswort sprechen.

Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich vor allem mit den Zielen, Zielkonflikten und Leitbildern, Potenzialen, Stärken und Schwächen ihres Themas. Dabei könnten jedoch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Zentral und allen Aspekten übergeordnet sei die Frage, inwieweit die Politik in Brandenburg in dem jeweiligen Themenfeld mit ihren Strategien und Maßnahmen **auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung** sei. Denn letztlich sollen die Ergebnisse des Workshops Hinweise für die Landesregierung zur weiteren Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie geben.



Nachhaltige Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

... aus Sicht der Politik

Sabine Hübner

Abteilungsleiterin im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Brandenburg, Abteilung 3 Arbeit, Qualifikation, Fachkräfte

Frau Hübner vertritt den Staatssekretär für Arbeit und Soziales des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, der leider verhindert ist. In ihrer Rede stellt Frau Hübner **die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit für die Themenfelder Wirtschaft und Arbeit aus Sicht der Politik** dar und erläutert Ansatzpunkte des Landes Brandenburg. Aufgrund Ihrer Tätigkeit für das Ministerium für Arbeit und Soziales legt Sie dabei einen inhaltlichen Schwerpunkt auf das Themenfeld Arbeit.



Nachhaltigkeit als Herausforderung

Frau Hübner ist es zunächst ein Anliegen, dass das Thema Nachhaltigkeit als **interdisziplinäre und intellektuelle Herausforderung** gesehen wird. So ist es notwendig, die enge Perspektive des eigenen Handlungsfeldes zu verlassen und eine globalere Perspektive einzunehmen. Ein passendes Modell für diese Sichtweise sei das **Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit**, das sowohl ökologische, soziale und ökonomische Aspekte in sich vereine.

Gute Arbeit

Aus Sicht des Ministeriums für Arbeit und Soziales ist **ein nachhaltiges Brandenburg ohne „Gute Arbeit“ nicht denkbar**, so Frau Hübner. Allerdings sei es notwendig, diesen Begriff näher zu erläutern. Momentan existiert keine einheitliche Definition, was „Gute Arbeit“ genau beinhaltet. Die Begriffsbestimmung variiert, je nachdem, ob man sich im internationalen, europäischen oder nationalen Kontext bewegt. Immer wird der Begriff auf die jeweilige Situation angepasst. Mit etwas Kreativität könne ein unglaubliches Spektrum an Themen unter „Gute Arbeit“ platziert werden. „Gute Arbeit“, dass umfasst für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die folgenden Handlungsfelder:

- faire und auskömmliche Entlohnung,
- menschenwürdige und gesundheitsgerechte, altersgerechte Arbeitsbedingungen,
- Partizipation und Sozialpartnerschaft auf betrieblicher Ebene,
- Zugang zu betrieblicher und beruflicher Aus- und Weiterbildung
- eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- mehr Sicherheit hinsichtlich individueller Lebensplanung, gerade auch in Umbruchsituationen im Erwerbsleben.

Auswirkungen einer veränderten Wirtschafts- und Arbeitswelt

Die **Veränderungen der Arbeitswelt führen zu Phänomenen prekärer Beschäftigung**. Dazu gehören, so Frau Hübner, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne. Diese neuen oder zumindest zunehmend präsenten Arbeitsformen verändern die vorherrschenden Arbeitsbedingungen erheblich. Diese Notwendigkeit zeige sich auch auf internationaler Ebene. So würden Themen, wie **verantwortliches Investieren und Corporate Social Responsibility** in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik verstärkt auf der Tagesordnung ste-

hen. Denn international seien wenige oder keine Standards vorhanden.

Im Zusammenhang mit dem Bedeutungsgewinn von Umweltbelangen in der Wirtschaft (Green Economy) sei auch ein ‚Greening‘ von Bildung und Ausbildung im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung entsprechender Bildungsinhalte und Kompetenzen erforderlich.

Für Brandenburg bildet das arbeitspolitische **Programm „In Menschen investieren – Regionen stärken“** den Arbeitsschwerpunkt, um den Herausforderungen der globalisierten Arbeitswelt zu begegnen. Weitestgehend finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF und umgesetzt durch das Operationelle Programm für den ESF in der Förderperiode 2007 bis 2013 werde das übergeordnete Ziel verfolgt, **die Humanressourcen im Land Brandenburg** mit vielfältigen Maßnahmen **zu stärken**. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- die Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- die Verbesserung des Humankapitals,
- die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Menschen

Weitere Handlungsfelder

Weitere Handlungsfelder der Landesregierung im Ministerium für Arbeit und Soziales sind zudem

- frühzeitige Berufsorientierung
- hochwertige Aus- und Weiterbildung
- Verbesserung des Übergangs an der 2. Schwelle, nach der Ausbildung in Beschäftigung
- Ausschöpfung von Erwerbspotentialen bei Frauen
- Arbeitsschutz und Engagement für betriebliches Gesundheitsmanagement
- Mindestlohn
- Integration von gering qualifizierten, Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung
- Eingrenzung von prekären Beschäftigungsverhältnissen

- Regional ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik
- Stärkung des Sozialdialogs und der Sozialpartner
- Verbesserung der Antizipation durch Bereitstellung von Informationen, z. B. Projektionen und Prognosen zum Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf

Konzeptionelle Grundlage der Brandenburger Arbeitspolitik in der laufenden 5. Legislaturperiode (2009 bis 2014) ist der **strategische Ansatz „Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge“**. Wesentliches Ziel ist, das Beschäftigungsniveau im Land weiter zu erhöhen. Hierbei sollen die Qualität der Arbeit sowie die Unterstützung der Menschen beim Umgang mit sozialen Chancen und Risiken berücksichtigt werden.

Leitprojekte der Landesregierung

Ausgehend von dieser konzeptionellen Grundlage hat das Ministerium für Arbeit und Soziales für die laufende Förderperiode arbeitspolitische Leitprojekte entwickelt bzw. weiterentwickelt:

- Fachkräftesicherung
- Stärkung der Sozialpartnerschaft
- Eindämmung des Niedriglohnssektors
- Standortfaktor weltoffenes Brandenburg – Förderung eines gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarktes

Soziale Verantwortung von Unternehmen

Von der Europäischen Union liegt zudem eine Strategie für die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) vor. Für die Landesregierung, die ebenfalls als Marktteilnehmer auftritt, ergeben sich daraus relevante Schlussfolgerungen, wie u. a. die Beachtung von Mindestlöhnen bei Beschaffungsaufträgen. Die CSR-Strategie kann ebenfalls dazu verwendet werden, gerade große Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten stärker auf das Thema Nachhaltigkeit zu verpflichten.

Fazit

Als Fazit hebt Frau Hübner abschließend hervor, dass die Landesregierung in Bezug zum Thema Nachhaltigkeit sehr schnell in einen **Zielkonflikt** gerät. Dieser

begründet sich in der finanziellen Begrenzung des Haushaltes.

In der Rolle als Akteur der Arbeitswelt soll die Landesregierung auch Vorbilder in Unternehmen sehen, die z. B. durch sehr gute Sozialleistungen Fachkräfte an sich binden. Letztlich sei die Landesregierung mit der Schwerpunktsetzung auf Fachkräftesicherung und ‚Gute Arbeit‘ auf dem richtigen Weg in Richtung Nachhaltigkeit. Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit sollten zukünftig noch stärker – analog dem Gender Mainstreaming Prinzip – in die arbeitspolitischen Handlungsfelder integriert werden. Zudem bemüht man sich um Transparenz für alle Beteiligten und um die Antizipation kommender Entwicklungen.

...aus Sicht der Wissenschaft

Ulrich Petschow

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik

Im zweiten Impulsvortrag heißt Ulrich Petschow die Zuhörer zum Anthropozän willkommen - einem Zeitalter, in welchem die vom Menschen bedingten Aktivitäten einen bestimmenden globalen Einfluss auf das Ökosystem der Erde haben. Er betont, dass wir vor einer riesigen Baustelle der Nachhaltigkeit stünden.

Dimensionen der Umweltprobleme und Umweltpolitik

Hierzu geht er auf Umweltkrisen und deren Konsequenzen ein. Viele wissenschaftliche Untersuchungen belegen das Erreichen sogenannter „planetarer Grenzen“ in weiteren Bereichen. Daher sind Ressourcenengpässe beispielsweise in Bezug auf Energie, Böden, Wasser, Biodiversität absehbar und mit Blick auf die Aufnahmekapazität der Atmosphäre bereits überschritten. Als zentrale **Triebkräfte**, die letztlich die gravierenden Umweltprobleme hervorrufen, sieht Herr Petschow den „Zwang“ zum Wirtschaftswachstum, der zu einem hohen Niveau des Ressourcenverbrauchs führe.



Gleichzeitig und verschärfend gehen die Umweltkosten des Konsums und der Produktion oftmals nicht angemessen in die wirtschaftlichen Kalküle ein, sondern führen zu **externen Kosten**, also Umweltschäden, die nicht der Verursacher zu tragen habe, sondern der Allgemeinheit angelastet würden.

Weiterhin sind die **Wohlfahrtsmodelle** der Industriestaaten, die einerseits stark am Besitz von materiellen Gütern orientiert sind und andererseits ein auf Wachstum basierendes institutionelles Gefüge geschaffen hat, eine wichtige Ursache für die Umweltkrisen. Er hebt den Klimawandel als ein Hauptproblem hervor. Als Konsequenz wird im wissenschaftlichen Diskurs über nachhaltige Entwicklung eine weitreichende Reduktion der Umwelt- und Ressourcenverbräuche für erforderlich gehalten.

Die Umweltpolitik klassischer Provenienz ist damit bei Weitem überfordert. Umweltziele sind nicht mehr Randbedingung der wirtschaftlichen Entwicklung sondern stehen im Zentrum. Weiterhin nehmen auch die Verteilungseffekte der Umweltpolitik zu (z. B. höhere Strompreise in Folge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG). Folglich betont er die neuartige Stellung der Umweltpolitik, die die Notwendigkeit zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik und auch

mit Blick auf die soziale Verteilungswirkungen weiterentwickelt werden muss. Umwelt und Umweltprobleme stellen zunehmend den Rahmen für die Ausrichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten dar.

Transformation der Gesellschaft

Vorstellungen zur Lösung der umfassenden Umweltprobleme vor dem Hintergrund des dargelegten Verständnisses von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik werden im so genannten Transformationsdiskurs entwickelt. So fordert das WBGU Gutachten 2011 („Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“) z. B. die Lösung der Klimaprobleme auch durch Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und die Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten wie auch mehr Mut zu gesellschaftlichen Experimenten, also der Auslotung von neuen Entwicklungspfaden. Auf parlamentarischer Ebene wird der Diskurs aktuell in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ geführt.

Verschieden Transformationsansätze

Mit dem Ansatz **Green Growth / Green Economy** geht es darum, Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die wirtschaftliche Dynamik positiv für Umweltentlastungen bzw. Entkopplungen genutzt werden kann: Zugehörige Instrumente sind u. a. Ökosteuer, Zertifikate, Entwicklung von Lead Märkten wie auch die Förderung ‚grüner Innovationen‘. Er wirft die Frage auf, wie beispielsweise diese „grünen Innovationen“ zunehmend marktrelevant werden können. Zugleich verweist er aber auch darauf, dass wir zwar durch grüne Innovation immer grüner, aber auf Makroebene dadurch nicht so entlastet würden, wie es erforderlich wäre. Dies begründet er durch sogenannte Rebound Effekte, d. h. die Überkompensation von Effizienzsteigerungen durch die schiere Masse. Beispiel: PKWs brauchen – jeder einzeln – zwar weniger Treibstoff pro gefahrenen Kilometer. Aber immer mehr PKW und eine insgesamt wachsende Fahrleistung führen dazu, dass absolut immer mehr Treibstoff verbraucht wird. Diese Rebound Effekte machen deutlich, dass der Pfad „grünes Wachstum“ nicht hinreichend sei und Innovationen keineswegs per se „nachhaltig“ seien.

Des Weiteren verweist er darauf, dass die Wachstumsdynamik in den entwickelten Ländern abgenommen hat und weiterhin abnehmen wird, sodass wir einen **Postwachstumsdiskurs** führen müssen. Entscheidend für das Voranbringen von Transformationen für eine nachhaltige Entwicklung sei die **Veränderung institutioneller Kontexte**, eine gesellschaftliche Transformation muss stattfinden. Allerdings gibt es keine Blaupausen dafür, weder für die Ansätze ‚ökologischer Umbau‘ und Green Growth, noch für Postwachstumspfade. Daher sind Suchprozesse und Experimente erforderlich, beispielsweise in den institutionellen Handlungsfeldern wie Genossenschaftsmodelle / (neue) Gemeinschaftsgüter als auch technologischen Handlungsfeldern wie grünen und angepassten Technologien.

Idealtypisch verbinden sich technologische, regulatorische und soziale Innovationen und ermöglichen die Gestaltung neuer Pfade (**Systeminnovationen**).

Transformation Berlin-Brandenburg

Transformationsnotwendigkeiten sieht Herr Petschow auch für Berlin-Brandenburg in Bezug auf

- eine weitreichende Reduktion der Stoffumsätze,
- mit Blick auf die Energiewende.

Die Diskussion ist bislang noch wenig handlungsorientiert in Berlin und Brandenburg angekommen.

Mit Bezug zur **Wirtschaftspolitik** sieht er folgende Ansatzpunkte:

- Suchprozesse in Richtung nachhaltigere Lebensformen sind auch in und für die Metropolregion erforderlich
- Innovationsfördernde Rahmenbedingungen (institutionelle und rechtliche Bedingungen) sollten gestärkt werden
- Neue Problemlösungsansätze können sich zu „Exportschlagnern“ entwickeln (Ideen und Produkte/Verfahren)

Clusterförderung

Als konkretes Politikfeld geht er ausführlich auf die Clusterförderung in Berlin-Brandenburg ein. Eigentlich ist es typisch für die Clusterförderung, spezifische Wettbewerbsvorteile auszuloten und zu fördern. Oftmals werden aber allein erfolgreiche Konzepte kopiert und nichts wirklich Neues und Eigenständiges entwickelt. Dabei sind Innovationen in vielen Fällen tatsächlich nicht „footloose“, sondern Ergebnis auch spezifischer und regionaler Kontexte (Angebots- und Nachfragebedingungen, rechtlichem Rahmen) und damit auch vor Ort gestaltbar.

Es kommt aber zu einer zunehmenden Vereinheitlichung und „**Konvergenz der Clusterportfolios**“ (alle fördern das Gleiche) und einem „**wishful thinking cluster**“. Wichtig ist die Identifizierung von Stärken, was alles andere als trivial sei. Und wie im Beispiel des Ruhrgebietes sichtbar wird, könnten die heutigen Stärken die Schwächen von morgen sein. Allgemein problematisiert Herr Petschow den fehlenden Mut zum Originären und Originellen.

Herausforderung Transformation

Die Herausforderungen der Zukunft sind Transformationsprozesse wie z. B. die postfossile Mobilität (E-Mobilität / ÖPNV) und die regionale Selbstversorgung (Energie). Dabei ist eine **nachfrageorientierte Auslotung der Entwicklungspotenziale** entscheidend. Der Fokus liegt gegenwärtig vielfach auf bestehenden Industrie- bzw. Unternehmensstrukturen und ist daher angebotsorientiert. Hier muss eine Blickwende erfolgen und die erforderlichen Umbauprozesse müssen fokussiert werden. **Technische Innovationen** sind **eingebettet in gesellschaftliche Regelungsmechanismen** und daher nicht ohne begleitende institutionelle und soziale Innovationen denkbar. Herr Petschow verdeutlicht dies am Beispiel der Energiewende, deren Grundlagen ohne die Einspeiseregulation nicht gelegt worden wären. Erst durch sie war der Ansatz regionaler Selbstversorgung (wieder) möglich und neue Akteurskonstellationen konnten entstehen.

Forschung und Entwicklung

In dem Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) sieht er die Position Brandenburgs problematisch:

Sowohl die öffentliche als auch private Finanzierung von FuE ist unterdurchschnittlich gegenüber dem Bundesgebiet. Die Anzahl der Beschäftigten in den „Spitzentechnologien“ hat von 2000 – 2008 zwar zugenommen, ihr Anteil ist aber weiterhin unterdurchschnittlich. Als Hemmnisse benennt Herr Petschow die fehlenden Großunternehmen und die fehlenden FuE-Abteilungen.

Aus einer Ernst & Young Studie 2012 zitiert er die **SOWT-Analyse** Fokus Forschung:

Stärken sind die profilierte Wissenschaftslandschaft (inklusive Berlin) und die gemeinsame Innovationsstrategie. **Schwächen** sind der geringe Anteil an FuE-Ausgaben am BIP und der Mangel an Transferinfrastrukturen bzw. unterdurchschnittliche Transferaktivitäten. **Chancen** können in der clusterübergreifende Unterstützung von FuE in Bezug auf umwelt- und ressourcenschonende Produkte und Verfahren und Fokus auf Fragen des Klimawandels bestehen. **Risiken** entstehen, wenn die Forschung an den Trends und am Bedarf vorbei geht– z. B. auf Grund von zu geringer Anwendungsorientierung.

Beispiel Transformation des Energiesystems

Herr Petschow stellt beispielhaft die technische und institutionelle Transformation des Energiesystems dar: Eine Veränderung der institutionellen Bedingungen, wie der Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien (EE) in Verbindung mit der Energiewende, führt zu einer **Dezentralisierung** der Energieproduktion / der Technologien. Institutionell wurde die Transformation u. a. durch die Beteiligungsmöglichkeiten (z. B. Bürgerwindparks) und die 100% EE-Regionen vorangetrieben. Technisch durch die Steuerung (virtuelle Kraftwerke) und Speicherentwicklungen (u. a. EE-Methan). Hier entstehen auch darüber hinaus umfassende Innovationspotenziale, wie z. B. bei der Selbstversorgung und –vermarktung und der Energieeffizienz. Neue Akteure wie z. B. Stadtwerke und Industrie produzierten stärker vor Ort. So entstehen **regionale Wertschöpfungspotenziale**. Als **hemmende Faktoren** nennt Herr Petschow: die vielfachen Kapazitätsengpässe u. a. der Planung und Umsetzung auf der lokalen Ebene und dass die systematischen Koopera-

tionsmöglichkeiten mit Berlin bislang nicht hinreichend erschlossen sind.

Partizipation

Herr Petschow betont, dass die Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure und mit Blick auf die ökologischen Herausforderungen und den damit verbundenen weitreichenden Handlungsbedarf essentiell ist. Die Zivilgesellschaft und die Stakeholder müssen gestärkt werden, da es in der aktuellen Situation nur schwache institutionelle und finanzielle Kapazitäten der Stakeholder und der Zivilgesellschaft im Umweltbereich gibt.

Unternehmen müssten Verantwortung für Nachhaltigkeit übernehmen (u. a. CSR), aktuell ist die Anzahl zertifizierter Unternehmen (Umweltmanagement) in Brandenburg aber unterdurchschnittlich. Die Forschung und Umsetzung muss gestärkt werden und die Politik und Verwaltung soll Leitbilder entwickeln und Transformationsprozesse mit anstoßen.

Fazit

Abschließend fasst Herr Petschow die wichtigsten Punkte noch einmal zusammen: Die Zukunftsgestaltung der Metropolregion erfordert Leitbilder, den Stadtbau und Investitionen (Energie, Verkehr, Energieeffizienz), neue Initiativen und Experimente mit Blick



auf die regionale Wohlfahrt (Gemeinschaftsgüter etc.) und das soziale Miteinander.

Eine **Aktivierung der relevanten Akteure** ist erforderlich (Zivilgesellschaft / Unternehmen / Verwaltungen). Es braucht **institutionelle, soziale und technische Innovationen für nachhaltige Transformationsprozesse**. Vielfältige Werkstätten der sozial-ökologischen Transformation und der Experimente sind erforderlich, sowie die Gestaltung von Lead-Märkten und die Nutzbarmachung technischer Entwicklungen für Nachhaltigkeit. Wichtig sind die **Interaktionen „bottom-up“ und „top down“** und der Wandel von angebotsorientierter Clusterförderung zu **nachfrageorientierten Nachhaltigkeitsclustern**. Dabei ist Transformation und Partizipation als Chance – auch für die Wirtschaft – zu betrachten.

...aus Sicht eines Unternehmens

Andreas Rödel

Progeo Monitoring GmbH

Herr Rödel verweist darauf, dass 90% der Unternehmen in Brandenburg Kleinunternehmen sind und er daher eine wichtige Unternehmensgattung in Brandenburg vertritt.

Das Geschäftsmodell der Progeo Monitoring GmbH ist auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz bei Bauwerken ausgerichtet. Die Progeo Monitoring GmbH produziert quasi Nachhaltigkeit, indem sie mittels Monitoringsystemen Informationen im Bereich des Umweltschutzes und des nachhaltigen und energieeffizienten Bauens bereitstellt. Durch Informationen über den Zustand von Bauwerken könnten Fehlzustände frühzeitig erkannt werden, um dann mit geringem Aufwand gegenzusteuern. Ökologische und ökonomische Verluste können so vermieden werden, da eine planmäßige Instandhaltung bereits in der Frühphase von Schäden ermöglicht wird, wohingegen bis heute meist erst dann repariert wird, wenn aus Kleinschäden im Laufe der Zeit substanzielle Großschäden geworden sind. Die Progeo Monitoring GmbH ist 1992 nach dem Müllnot-

stand Ende der 1980er Jahre gegründet worden. Sie beschäftigt 20 Mitarbeiter und ist sehr zufrieden mit der Förderung durch das Land Brandenburg. Progeo ist heute deutschlandweit und zunehmend international und somit fast ausschließlich außerhalb Brandenburgs tätig.

Baubranche und Nachhaltigkeit

Der Baubereich hat aufgrund seines hohen Ressourcenverbrauchs einen großen Einfluss auf Energie- und CO₂-Bilanz einer Volkswirtschaft. Geringe Ressourcenverbräuche, also wenige Reparaturen und Sanierungen während der Nutzungsphase, sind vor dem Hintergrund der angestrebten Langlebigkeit sehr wichtig für die Nachhaltigkeit von Bauwerken. Großen Einfluss hierauf hat neben dem direkten Energieverbrauch (z. B. für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung) der Verbrauch an grauer Energie, also die Energiemenge, die für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf, Ein- und Ausbau und Entsorgung von Bauprodukten benötigt wird. Leider sind nachhaltige darauf zielende Instandhaltungsstrategien und -prozesse kaum verbreitet. Reparaturen werden häufig erst zum teuersten Zeitpunkt in Angriff genommen, nämlich dann, wenn sie nicht mehr zu vermeiden sind. So wird ein **Sanierungsstau** aufgebaut. Frühzeitige Informationen können hier zu besseren, ressourcenschützenden und kostensparenden Instandhaltungen führen. Zur Früherkennung von Problemen und Schäden an Bauwerken dienen die Monitoringsysteme zur Bauwerksüberwachung, die das Unternehmen Progeo herstellt.

Frühzeitiges und nachhaltiges Handeln funktioniert im Gebäudebereich nach den Erfahrungen von Progeo in Brandenburg nicht gut, obwohl hier immense Investitionen getätigt werden. Herr Rödel vermutet ein Akzeptanzproblem für neuartige Konzepte und Lösungen, da Menschen oftmals Angst vor Veränderungen haben. Dies liege auch daran, dass Fehler, die durch Nicht-handeln entstehen, in unserer Gesellschaft weniger stark sanktioniert werden, als Fehler, die durch aktives Handeln entstehen. Hinzu komme, dass auf operativer Ebene oftmals noch nach kurzfristigen Zielen gehandelt werden müsse (z. B. geringste Investitions-

kosten), weil noch keine Handlungsanweisungen für die operationelle Umsetzung nachhaltiger Zielstellungen vorliegen. Nachhaltigkeitsstrategien müssen also in konkretes (Verwaltungs-)Handeln umsetzbar sein. Hierzu bedarf es konkreter Vorgaben.

Situation öffentlicher Gebäude

Aus seiner Sicht gibt es im Baubereich und somit auch in Brandenburg zahlreiche, insbesondere öffentliche Gebäude, die im Sinne einer vorsorgenden Instandhaltung nicht optimal bewirtschaftet werden. Begründet werde diese häufig auch mit der angespannten Haushaltssituation vielerorts, auf Grund derer langfristig rentierliche Investitionen in die Gebäudeerhaltung nicht durchgeführt werden können. Aktuell werden im öffentlichen Bereich nur 0,3% der Baukosten jährlich für den Erhalt investiert, erforderlich sind aber 1,5%. Strategien, die nicht nur der Nachhaltigkeit dienen, sondern mit vorhandenen Mitteln mehr Reichweite bei der Erhaltung der Gebäude ermöglichen, bieten hier große Chancen auch für Brandenburg. Hier müsse eine Bereitschaft entstehen, neue Möglichkeiten auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln.

“Das Bessere ist der Feind des Guten“.

Herr Rödel betont den wahren Kern des Sprichwortes “Das Bessere ist der Feind des Guten“. Das Gute und Etablierte funktioniert und verhindert so Veränderungen. Hier ist häufig die **Politik** gefordert: die Erneuerbaren Energien sind z. B. nur möglich geworden, weil die Politik diesen Wandel angestoßen hat. Ein **klares Bekenntnis** zu bestimmten Themenfeldern ist wichtig. Viele kleine Innovationen können sich ohne dieses nicht durchsetzen. Der Grund: Es gibt Paradoxien, wie z. B. dass etablierte Akteure im Rahmen von Gesetzesänderungen gefragt werden, was sich ändern muss damit Verbesserungen erreicht werden - diese aber gar kein Interesse an Veränderungen haben. Die Politik muss in diesen Fällen steuernd eingreifen und Themenfelder definieren. Die Bürger/innen sind langfristig die, die sagen, wo die Reise hingehet. Innovationen sind auch im Feld der Gebäudebewirtschaftung dringend erforderlich, liegt hier doch eines der größten Potenziale zur Energie- und CO₂-Einsparung

Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Berlin-Brandenburg

Diskussion über Anforderungen und Ansatzpunkte in Kleingruppen

Im Anschluss fand eine Diskussion in Kleingruppen zu den beiden Punkten

1. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Grundsätze nachhaltigen Wirtschaftens und Arbeitens?
2. Benennen Sie zu dem ausgewählten Grundsatz konkrete Ansatzpunkte für eine Entwicklung hin zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Arbeitspolitik in Brandenburg

statt. Die Ergebnisse werden auf Vorlagen festgehalten und in einer Wanderausstellung präsentiert. Die Fotos der Ergebnisse befinden sich im Anhang.



Zusammenfassung der Arbeitsgruppenbeiträge

Moderation: Stefan Löchtefeld, e-fect dialog evaluation consulting eG

Herr Löchtefeld gibt zu Beginn einen kurzen Überblick über die Bearbeitung des Themas Fachkräftesicherung in Brandenburg. Für diesen Workshop soll der umfassendere Begriff der Fachkräfte genutzt werden, der beispielsweise auch Meister oder Führungskräfte miteinbezieht.

Ausgangssituation in Brandenburg

Unter **Bezugnahme auf die Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg von 2010** ist das größte Problem die Abwanderung von Fachkräften aus der Region. Hinzu kommt eine sinkende Anzahl von Schülern. Dies trifft vor allem die Berufe im sogenannten MINT-Bereich (Mathematik, Ingenieurs- und Naturwissenschaften, Technik) Brandenburg leidet außerdem unter einem Negativ-Image als Niedriglohnland.

Für 2050 wird ein Fachkräftemangel von über 460.000 Arbeitnehmern prognostiziert. Kurioserweise senkt dies nicht zwangsläufig die Arbeitslosenquote. Nur wenn Arbeitssuchende entsprechen qualifiziert sind / werden, könnten sie die freien Stellen übernehmen. Ein weiterer Grund dafür ist die Freiheit, seinen Beruf nach individuellen Wünschen zu wählen, anstatt die Berufswahl am Bedarf ausrichten zu müssen.

Der beschlossene **Maßnahmenplan für Brandenburg** enthält insgesamt über 90 konkrete Maßnahmen mit acht Kernpunkten. Dazu zählten u. a.

- die Unterstützung von Betrieben,
- die Berufsorientierung mehr in Richtung des Bedarfs zu steuern,
- die Erhöhung der Studieneignung,
- den quantitativen und qualitativen Ausbau von Ausbildungsgängen,
- die Kompetenzentwicklung in Betrieben,
- die bedarfsgerechte Qualifizierung von Arbeitslosen und
- das Schaffen von Berufsperspektiven für alle Bürger und Bürgerinnen.

Alle Maßnahmen werden unterstützt durch eine verbesserte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, dem regionalen Transfer von Wissenschaft zur Wirtschaft, einer ausgeweiteten Existenzgründungsförderung und durch weitere Entwicklungs- und Strukturmaßnahmen.

Dabei spielen vor allem **die Agentur für Arbeit und die LASA Brandenburg GmbH** eine wichtige Rolle in ihrer Funktion als zentraler Dienstleister für die Umsetzung der Arbeits- und Strukturpolitik des Landes Brandenburg.

Was haben Fachkräfte mit Nachhaltigkeit zu tun?

Die Frage, inwiefern Fachkräftesicherung etwas mit Nachhaltigkeit zu tun habe, bleibt offen und ermöglicht den Einstieg in die Diskussion.

Die anschließende Diskussion gliedert sich grob in die folgenden Fragen, deren Beantwortung im Folgenden zusammenfassend berichtet wird:

1. Was sind die zentralen Herausforderungen, denen im Rahmen der Fachkräftesicherung zu begegnen ist?
2. Was sind wesentliche Ziele und Leitbilder zur Fachkräftesicherung aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung?
3. Inwieweit ist Brandenburg mit seinen Strategien und Maßnahmen beim Thema FKS auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung?

Was sind die zentralen Herausforderungen, denen im Rahmen der Fachkräftesicherung zu begegnen ist?

Die Teilnehmenden betonen immer wieder, wie wichtig **Transparenz für die Akteure** ist, die vom Fachkräftemangel betroffen sind und die sich selbst für eine Fachkräftesicherung einsetzen. Es ist sinnvoll, Informationen zu regionalem Fachkräftemangel oder eventuell –überschuss öffentlich zugänglich zu machen. Hier vermuten die Teilnehmenden einen großen **Synergieeffekt für alle Maßnahmen** zur Fachkräfte-

sicherung. Die öffentliche Informationsbasis bedingt natürlich eine verbesserte Erfassung von Fachkräften und von Indikatoren für deren Mangel (z. B. steigende Löhne für eine Qualifikation innerhalb einer Region). Da die **Ursachen für Fachkräftemangel** häufig nicht einfach zu identifizieren sind, erscheint es den Teilnehmenden sinnvoll, weitere Forschung auf diesem Gebiet zu betreiben.

Die Teilnehmenden stellen sich die Frage, wie viel durch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung überhaupt erreicht werden kann. Es ist auf jeden Fall wichtig, die umgesetzten **Maßnahmen gut zu evaluieren**, um Kosten und Nutzen gegeneinander abwägen zu können.

Als große Herausforderung mit enormem Potential für die Fachkräftesicherung wird die von der Fachkräftestudie prognostizierte **Diskrepanz zwischen Fachkräftemangel auf der einen und weiterhin hoher Arbeitslosigkeit** auf der anderen Seite angesehen.

Außerdem sind die **staatlichen Rahmenbedingungen** von besonderer Bedeutung. In einem genannten Beispiel behindern die bestehenden Gesetze Unternehmertum, das darauf abzielte einem spezifischen Fachkräftemangel in Berlin durch private Ausbildungsgänge zu ersetzen.

Was sind wesentliche Ziele und Leitbilder zur Fachkräftesicherung aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung?

Von allen Teilnehmenden wird die **Verbesserung der Bildung** als wichtiges Ziel für die Fachkräftesicherung genannt. Aus Sicht der Teilnehmenden bedeutet dies, alle Menschen bei ihrem jeweiligen Bildungsstand abzuholen. **Hemmende Bürokratie** soll identifiziert und abgebaut werden, sodass grundsätzlich alle Menschen ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen können.

Gerade für Kinder und Jugendliche sei eine **durchgängige Begleitung bzw. Beratung über die Bildungsübergänge hinweg** sehr wichtig. Schüler und

Schülerinnen sollen besser aufgeklärt werden, welche Kompetenzen die jeweilige Schulform ihnen vermitteln kann und welche anschließenden Berufschancen realistisch sind. Jedem Schüler und jeder Schülerin soll klar sein, welche **Bildungsmöglichkeiten** er oder sie hat und welche **beruflichen Perspektiven** sich daraus ergeben. Dies erfordere ein Umdenken an Schulen und persönliche Kompetenzen bei Eltern und Lehrern.

Ein weiteres Ziel ist die Erhöhung der **Attraktivität von bestimmten Berufsbildern**. Das beziehe sich nicht nur auf das Image, sondern auf die Rahmenbedingungen des Berufs selber. Als Beispiel für einen fehlgeschlagenen Versuch die Attraktivität eines Berufsbildes zu erhöhen wird der klassische „Landarzt“ genannt. Trotz höherem Entgelt und weiteren finanziellen Anreizen finden sich weiterhin wenige Ärzte, die bereit sind aufs Land zu ziehen. In dem Zusammenhang werden auch immer wieder Pflegeberufe als unattraktiv bezeichnet.

Ebenfalls relevant ist die **Einflussnahme auf Unternehmen**. Einerseits soll eine **vorausschauende Fachkräftesicherungsplanung** angeregt werden und andererseits über die oft vernachlässigte Notwendigkeit von **beruflicher Weiterbildung** informiert werden. Die Fördermöglichkeiten sollen den Unternehmen aktiv und in „Mundart“ regelmäßig und „vor Ort“ präsentiert werden. Unter dem Stichwort der **regionalen Informationsvermittlung** kann ein Informationsmobil durch die Orte fahren und zu festen Zeiten Informationen für kleine und mittelständige Unternehmen bereitstellen.

Dies soll mit einem **Wertewandel** einhergehen. Als Ersatz für die Sichtweise, dass es viele Arbeitslose gebe die man „irgendwie unterbringen müsse“, soll man Fachkräfte als etwas Wertvolles ansehen, um deren Entwicklung und Sicherung man sich kümmern müsse.

Speziell für Brandenburg ist es wichtig die begrenzten Ressourcen sinnvoll zu nutzen. So wird angeregt **Brandenburgs geringe Größe als Vorteil** zu sehen

und besonders die **Vernetzung aller Akteure** zu fördern – gemäß dem Motto „man kennt sich“. Der **große Vorsprung bezüglich Nachhaltigkeit** gegenüber vielen anderen Ländern kann außerdem als Standortfaktor präsentiert werden, der entsprechende Fachkräfte anziehen kann.

Bisher funktioniert die Region Berlin – Brandenburg noch sehr gut als Magnet für Fachkräfte. Das liegt allerdings vor allem an den weichen Standortfaktoren (z. B. Lebensweise in Berlin bzw. auf dem Land). Auf Dauer können andere Bundesländern jedoch nachziehen und dann sind andere Standortvorteile notwendig (wie z. B. wie die Fortschrittlichkeit beim Thema Nachhaltigkeit).

Inwieweit ist Brandenburg mit seinen Strategien und Maßnahmen beim Thema Fachkräftesicherung auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung?

Die Teilnehmenden finden es schwierig, den Progress einer nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs im Bereich Fachkräftesicherung einzuschätzen. Man ist sich aber einig, dass **zumindest die Hälfte eines imaginären Weges bereits beschriftet** ist. Bezüglich der Ziele Transparenz und Netzwerkgestaltung ist das Arbeitskräfte-Monitoring in Brandenburg ein guter erster Schritt. Die **Planung in Brandenburg** ist bei diesem Thema außerdem **sehr vorausschauend** – man plant bereits bis zum Jahre 2050. Die Umsetzung der Planungen ist allerdings noch ausbaufähig.

Zusätzlich zu den bereits dargestellten Leitfragen wird das Thema Fachkräftesicherung immer wieder kritisch hinterfragt. **Dabei wurde zunächst die Frage gestellt, warum Fachkräftesicherung überhaupt notwendig ist.** Man kann ja darauf vertrauen, dass der Markt über Angebot und Nachfrage das ausreichende Vorhandensein und die notwendige Verteilung der Fachkräfte steuert – so eine These. Aus Sicht der jeweiligen Region bewirkt ein Fachkräftemangel aber **einen Standortnachteil für Unternehmen**, der bis zu deren Abwanderung in attraktivere Regionen führen könne. Außerdem gibt es Bereiche, in denen der Fachkräftemangel **besonders**

prekäre Wirkung zeige. Dazu gehörten vor allem menschnahe Dienstleistungen, wie Pflegeberufe oder Lehrkräfte. Anders als im produzierenden Gewerbe kann eine zunehmende Technologisierung die negativen Auswirkungen von fehlendem Personal in diesen Arbeitsfeldern nicht kompensieren.

Letztlich basiert dieser Diskurs auf dem grundlegenden **Gesellschaftsbild in der Bundesrepublik**, demnach alle Bürger und Bürgerinnen gleiche Chancen und einen Mindeststandard an Lebensqualität beanspruchen können. Gemäß dem Motto „Niemand darf zurück bleiben und jeder wird mitgenommen!“ sollte dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden. Als Antithese wird formuliert, dass diese Prämisse im Themengebiet Fachkräftesicherung nicht unbedingt zielführend ist, da viele Ressourcen aufgewendet werden eine Entwicklung zu kompensieren (z. B. Maßnahmen zur Fachkräftesicherung) anstatt sich an ihre Auswirkungen anzupassen (z. B. Abwandern von Unternehmen in attraktivere Regionen). Abschließend wird betont, dass **die Debatte um die Fachkräftesicherung sehr vielschichtig sei und viele gesellschaftlich relevante Fragen betreffe.**

Moderation: Sophie Scholz, e-fect dialog evaluation consulting eG

Impulsvortrag: Herrn Rückewold, Fachbereichsleiter Ernährungswirtschaft/ Direktvermarktung pro agro e.V. und Netzwerkmanager BEN e.V.

Herr Rückewold beginnt seinen Vortrag mit der Vorstellung des „Agrarmarketing“-Verbandes pro agro, der 1992 gegründet wurde und momentan mit vierzehn Mitarbeiter rund fünfunddreißig Projekte (u.a. Landpartie) darunter zwei Marken („VON HIER“ und „natürlich Brandenburg“) bearbeitet. Die Initiatoren der

Regionalmarke VON HIER verfolgen dabei eine ebenso einfache wie überzeugende Philosophie: Die Marke versteht sich als regionales Gütesiegel für Herkunft und hohe Qualität – zum Nutzen für Verbraucher (Produktqualität) und als Zusatznutzen für Gesellschaft und Umwelt (Produktionsqualität). Die Rohstoffe stammen zu 70 Prozent aus der Region und werden ausschließlich in Berlin und Brandenburg vermarktet.

Herr Rückewold erklärt die Arbeitsweise seines Verbandes anhand des Beispiels, dass Brandenburger Schweinefleisch über "Natürlich Brandenburg" bei Kaisers platziert wurde. Der Prozess dauerte drei Jahre. pro agro initiiert verschiedene Aktionen im Handel, um neue Abnehmer oder neue Erzeuger für Produkte zu finden. Ein neues Projekt von pro agro ist z. B. „Bauer sucht Koch“.

Eine Schlussfolgerung von Herr Rückewold ist, dass für Verbände eine kontinuierliche Unterstützung wichtig ist. Sie profitierten von Geldern, die dafür eingesetzt werden können, Kontakte zwischen einzelnen Akteuren herzustellen. Für ein gemeinsames Regionalimage ist es wichtig, sich auf wenige Marken zu begrenzen.

Er schlägt die Einbindung der Direktvermarktung in Tagesausflüge und Angebote von Industriebetrieben vor und betont, dass die **verstärkte Förderung von (kleinen) Investitionen für den Markteintritt** wichtig ist (z. B. für Marketing oder Produktentwicklung). Gerade für kleine Projekte können aber oft keine Fördermittel beansprucht werden. Er wünscht sich, dass **die Ministerien gemeinsam nach außen auftreten**. Eigenes Fallbeispiel: er selber ist in zwei verschiedenen Verbänden (der Ernährungswirtschaft) tätig, die von unterschiedlichen Ministerien finanziert werden.

Rückfragen im Anschluss an den Impulsvortrag

Was hat anfangs bei der Etablierung der Marken nicht gut funktioniert?

Tourismusbetriebe sollten zu Beginn in die ursprüngliche Projektarbeit mit einbezogen werden. Aber eine Integration von mehreren Partnern in eine Regionalmarke ist schwierig, wenn sofort ein „Gewinn“ notwendig ist um sich zu finanzieren. Es gab keine Fördermittel und daher war viel Eigenengagement einzelner Betriebe notwendig.

Was kann man aus diesen Erfahrungen lernen?

Zivilgesellschaftliche Kräfte müssen gestärkt werden. Regionalität ist ein aktuelles Thema und auch im konventionellen Bereich relevant.

Es wird aus dem Plenum angemerkt, dass **Direktvermarktung** wenig sinnvoll ist. Wenn die Berliner auf das Land fahren und sich dort ihre Produkte abholen, ist das nicht nachhaltig. Gleichzeitig wird festgestellt, dass in Brandenburg fast keine Hofläden vorhanden sind. Wenn sich daran in Zukunft etwas ändern soll, um einen Mehrwert für die Region zu schaffen, dann muss der Impuls von den Betrieben selbst ausgehen. Statt der Idee für Gratisausflüge sind konstruktive Ideen aus der Tourismusbranche erforderlich.

Es wird diskutiert, dass ein **regionales / ökologisches Catering** bei Veranstaltungen wie dieser eingeführt werden muss. Als Institution, die die Nachhaltigkeitsentwicklung voranbringen will, hat das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz eine **Vorbildfunktion**. Ein weiterer Vorschlag sieht vor, dass sich Einrichtungen der öffentlichen Hand **verbindliche Ziele für einen bestimmten Anteil an nachhaltigen Produkten** setzen (z. B. 20%).

Diskussion

Die anschließende Diskussion widmet sich drei Fragestellungen:

1. Was sind wesentliche Ziele und Leitbilder für regionale Wertschöpfungsketten im Bereich Ernährungswirtschaft?
2. Was sind die besonderen Herausforderungen in der Region Brandenburg - Berlin für den Aufbau

regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich der Ernährungswirtschaft?

3. Strategien und Maßnahmen in Bezug auf Förderung regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Ernährungswirtschaft: was läuft schon gut, was nicht, was muss sich ändern?

1. Was sind wesentliche Ziele und Leitbilder zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten?

Es wird anfangs betont, dass Regionalität (Wirtschaftskreisläufe, Vernetzung) nicht mit dem Konzept der Nachhaltigkeit gleichzusetzen ist.

Regionale Wert- und nicht Geldschöpfungsketten erfordern einen Wertewandel, der auf eine langfristige Perspektiven setzt. Risiken sind ebenfalls mit in die Wahrnehmung von Chancen einzukalkulieren.

Die Nahrungsqualität muss betont werden: preiswert ist nicht gleich billig. Lebensmittel sind nicht gleich Lebensmittel, sondern die Prozessqualität ist entscheidend und diese hat auch ihren Preis.

2. Was sind die besonderen Herausforderungen in der Region Brandenburg - Berlin für den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten?

Der große Vorteil für den ökologischen Anbau in Brandenburg ist der naheliegende große Absatzmarkt in Berlin, welcher weiterhin dynamisch wächst.

Eine zentrale Herausforderung im Bereich der Ernährungswirtschaft ist im Kontext der Nachhaltigkeitsproblematik die **Auftrennung nach Leitmärkten**. Es gibt Märkte mit Vorbildwirkung (z. B. Ökolandbau, der alle Dimensionen berücksichtigt) und Märkte mit konventionellen Grundsätzen. Es gibt aber nicht mehr unbedingt die zwei Größendimensionen von Landwirtschaft: Ehemalige LPGs (Großbetriebe) und kleine (evtl. auch Bio-) Betriebe. Biobetriebe sind inzwischen im Schnitt schon fast genauso groß - auch große Agrargenossenschaften. Man muss eine breitere Perspektive einnehmen und nicht nur den einzelnen Landwirt im Blick haben. Den konventionellen Landwirten darf kein Vorwurf gemacht werden, da er nur ein Spieler des Systems ist. Es muss darum gehen,

nicht nur Pioniere zu bewegen, sondern möglichst viele zu mobilisieren, um schlussendlich zum Mainstream zu werden. Die Rahmenbedingungen müssen so geschaffen werden, dass Akteure sich automatisch nachhaltig verhalten. Wer nicht entsprechend handelt ist automatisch zu sanktionieren.

Wie müssen die Rahmenbedingungen gestaltet sein, damit genau diese Lenkung erfolgt?

Entsprechendes kann nicht durch Gesetze oder Verordnungen aus dem Boden gehoben werden. Es kann keine top-down-Steuerung erfolgen. Die Leute müssen verstehen lernen, warum sie davon einen Vorteil haben. Der Ökolandbau hat als Wirtschaftsmodell viel Charme, da normalerweise externe Kosten für die Produktion etc. zum Endverbraucher durchgegeben werden können. Er kann daher als Vorbildmarkt fungieren, wenn die Rahmenbedingungen richtig sind. Aber die Produktions- und Verarbeitungskapazitäten, die große Märkte zu beliefern können, fehlen.

Fehlende Förderung durch die Landesregierung

Die Rahmenbedingungen und Instrumente auf Bundesländerebene wurden verglichen: Brandenburg steht heute an letzter Stelle wenn es um Umstellungsförderung von konventioneller zu ökologischer Landwirtschaft geht. Es gibt keine Umstellungsförderung und das impliziert, dass man keine Umstellung will. Gleichzeitig gibt es viel Konkurrenz durch Bioenergie und in Brandenburg liegen Flächen brach. Aus der **Beratungsförderung** ist man vor zehn Jahren ausgestiegen, die bis dahin die Beratung junger Betriebe gewährleistet hat.

Entwicklung des ländlichen Raumes: konträre Entwicklungen der Ernährungs- versus Energie-wirtschaft

Große Flächen für Monokulturen in der Bioenergie verdrängen Initiativen in anderen, nicht geförderten Bereichen. Um hier Akzente zu setzen, ist eine Strategie nötig. Dazu gehört auch, die Strategien verschiedener Bereiche aneinander anzupassen. Es ist umso wichtiger zu priorisieren, wenn weniger Geld da ist. **Strategische Schwerpunktsetzungen** für nachhaltige Produkte, die gefördert werden sollen, fehlen.

Im Koalitionsvertrag steht, dass Brandenburg als flächenstärkstes Bundesland die ökologische Landwirtschaft ausbauen soll. An dieser Stelle gibt es aktuell jedoch einen Zielkonflikt zwischen dem Anbau von Energiepflanzen und der nachhaltigen Landwirtschaft. Maisanbau für Biogasanlagen wird von den Teilnehmenden als „nachhaltiger Unsinn“ angesehen, da:

- die Agrogasproduktion ökologisch und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll ist,
- einen geringen Wirkungsgrad hat,
- und auch der Klimawandel gegen die „Vermaisung“ spricht, da dieser ohne enorme Mengen von Wasser schnell vertrocknet.

Trotzdem betrug die „Vermaisung“ Brandenburgs im Jahr 2010 2.800 km² und wird durch Steuergelder gefördert.

Ein Problem ist, dass es wenig hochwertige Produkte wie Obst und Gemüse gibt, aber einen großen **Abatzmarkt für Festbrennstoffe**.

Eine Alternative kann sein, **intelligente Agroforstsysteme** zu etablieren. Dies erfordert keine hohen Investitionen und bringt eine vielfach bessere Effizienz. Auch mit wenig Geld ist an dieser Stelle viel machbar.

Weitere Schwächen in Brandenburgs Ausgangssituation sind zunächst die schlechten Böden (Sand) bei gleichzeitig steigenden Preisen für Land. Ebenso gibt es wenig verarbeitende Produktion, was für den Handel nachteilig ist, da hier eine Konzentration auf die Abnahme von verarbeiteten Produkten besteht. Diese Herausforderungen werden durch eine insgesamt geringe Kaufkraft im Bundesland ergänzt. Um Änderungen zu erreichen, braucht es mehr Innovationsfähigkeit und Gründungswillen in der Bevölkerung. Die Teilnehmenden merken an, dass in Brandenburg die kulturelle Verankerung einer Existenzgründungsmentalität fehlt. Dies sollte mit fördernden Angeboten angegangen werden.

3. Strategien und Maßnahmen in Bezug auf Förderung regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Ernährungswirtschaft

Skandale, wie der über die krankmachenden Erdbeeren aus China im Schulesen, können die **Wertschätzung für regionale Produkte erhöhen**. IT-Systeme können dazu beitragen, die **Transparenz der Herkunft** zu **steigern** (z. B. durch Apps). Gleichzeitig muss eine neue Unübersichtlichkeit durch eine Überflutung mit Labeln verhindert werden. Bereits existente IT-/ Web-Angebote sind:

- Das System zur Rückverfolgung „Natureandmore“. Eine Nummer am Produkt ermöglicht die Einsicht in die Transportwege und deren Klimabilanz.
- Die Webseite „Culinarymisfits“ schafft Transparenz über die „Wegwerfgesellschaft“. Eine Kartoffel muss z. B. eine Mindestgröße und ein bestimmtes Aussehen haben, um in den Großhandel zu kommen. Mit der dahinter stehenden Initiative soll die 2. Wahl von Produkten aus dem ökologischen Anbau vermarktet werden.

Netzwerkstrukturen nachhaltig absichern

Eine klare institutionelle Förderung soll verstetigt werden. Aktuell explodiert die „Community-supported-Agriculture“. In diesem Kontext gibt es jede Woche eine Neugründung. Es werden immer wieder neue Netzwerke gefördert, welche zum Teil nach Ende des Förderzeitraums auslaufen, oder in anderer Form neu gegründet werden. Dabei sind gerade die verbindlichen und langfristigen Partnerschaften beim Aufbau von Wertschöpfungsketten notwendig.

Die Verantwortung für langfristige Kooperationen darf nicht allein an Personen hängen, die bestimmte Stellen innehaben. Zum Beispiel müssen Kantinen verbindliche Verträge mit Bauern schließen, damit eine langfristige Zusammenarbeit gewährleistet ist.

Klimaanpassung

Um dem **Klimawandel produktiv begegnen** zu können, ist es notwendig die Produktion an die neuen Anforderungen anzupassen. Der Einsatz von neuen

(begünstigten) Fruchtsorten und Fruchtfolgen kann helfen dem Klimawandel zu begegnen.

Wertschöpfung und Wertschätzung

Wertschöpfung ist eng verbunden mit Wertschätzung. Eine Discount-Mentalität kann nicht nachhaltig sein. Es ist fatal, wie viel wir verschwenden und wegwerfen. Bereits in der Schule oder noch früher muss gegen dieses Verhalten gegengesteuert werden. Es braucht einen **Mentalitätswandel**, damit wir weniger wegwerfen. Die Konzepte **Saisonalität und Regionalität** sollen **in Schulen verankert** werden z. B. indem man Schulküchen und das Fach Heimatkunde anbietet.

Finanzen und Förderung

Auch kleineren Wirtschaftsunternehmen soll der Zugang zu Mitteln erleichtert werden durch:

- niedrigere Hürden in Bezug auf Nachweispflichten,
- Beratungsförderung,
- längerfristige Begleitung.

Da sich Brandenburg mitten in der Haushaltskonsolidierung befindet, ist die Situation in Bezug auf Förderprogramme für Betriebe schwierig. Gleichzeitig haben Betriebe in Brandenburg eine geringe Kapitaldecke. Insofern sind besonders die Kofinanzierung durch die EU und Mittel über die Bundesebene relevant für das Land. Ziel ist es, dass die Eigenbeteiligung der Betriebe sukzessive steigt.

Finanzierungsmöglichkeiten, die im Anschluss an eine Investition einen Rückfluss in den Landesfondertopf ermöglichen (revolvierende Fonds) sollten eine stärkere Rolle spielen. Das Dilemma eines kleinen Bundeslandes wie Brandenburg ist es, dass es die Rahmenbedingungen, die sich in Zukunft entwickeln oder gesetzt werden, selbst wenig beeinflussen kann. Erschwerend kommt hinzu, dass es Landesmittel bald nicht mehr geben wird, da der Solidapakt II ausläuft.

Moderation: Jan Maurer, TAURUS ECO Consulting GmbH

Impulsvortrag; Univ.-Prof. Dr. Ingo Balderjahn, Universität Potsdam, Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg

Herr Prof. Dr. Balderjahn führt ins Thema Nachhaltige Unternehmensführung ein. **Nachhaltiges Wirtschaften erfordert die gleichzeitige Betrachtung von Umweltverträglichkeit, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Wohlfahrt.** Die entscheidende Frage für Unternehmen ist, wie sich diese Aspekte ins Unternehmensmanagement integrieren lassen.

Nachhaltigkeit spielt für Unternehmen und Organisationen mittlerweile auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen eine wichtige Rolle: **Weltweit** u.a. durch den UN **Global Compact**, auf **EU-Ebene** mit der **EU-Nachhaltigkeitsstrategie**, auf **Bundesebene** mit dem **Deutschen Nachhaltigkeitskodex**. In Brandenburg wird die Landesnachhaltigkeitsstrategie dieses Thema aufgreifen. **Große Unternehmen** kommen nicht mehr daran vorbei, sich mit Nachhaltigkeitsthemen zu beschäftigen (Nachhaltigkeitsberichte erstellen, Dokumentation der Einhaltung von Sozialstandards etc.). Da es **in Brandenburg** kaum große Betriebe gibt, ist das Thema Nachhaltigkeit in Unternehmen hier weniger präsent.

Corporate Social Responsibility (CSR)

CSR ist derzeit das zentrale Leitbild, mit dem die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen thematisiert wird – es ist auch im Grünbuch der EU enthalten. Das in den Vordergrund rücken einer „**Green Economy**“, wie auf der Rio+20-Konferenz, ist insofern ein Rückschritt, da es den Fokus zu stark wieder auf den Umweltaspekt begrenzt. Eine „**Green & Fair Economy**“ wäre als Begriff und Leitbild besser. In jedem Fall müssen bei der unternehmerischen Verantwortung ökologische

und soziale Belange und auch die Armutsbekämpfung angesprochen werden.

Fachkräfte

Brandenburg hat für Fach- und Führungskräfte derzeit ein Imageproblem. Ökologische und soziale Aspekte sind bei vielen Fach- und Führungskräften (insbesondere bei Akademikern) wichtig für die Arbeitsplatzwahl. Brandenburg wird aber nicht gerade als ein besonders nachhaltiges Bundesland wahrgenommen. Brandenburg zeigt nach außen zu wenig Profil und hat eigentlich kein erkennbares Image. Im Leitbild des Landes „Pro Industrie“ wird für den energiepolitischen Industriestandort Brandenburg immerhin ein moderner, ökologisch orientierter Industriestandort propagiert, was gut ist.

Umweltpartnerschaft

Eine wichtige, nachhaltigkeitsrelevante Institution in Brandenburg ist die Umweltpartnerschaft. Zentrale Elemente der Umweltpartnerschaft sind einerseits von Unternehmen freiwillig durchgeführte Maßnahmen zum Umweltschutz und andererseits die Rolle eines Impulsgebers für umweltbewusstes Handeln von Unternehmen im Land. Insgesamt dient sie auch der Verbesserung der behördlichen Praxis (Deregulierung, vereinfachte Genehmigungspraxis etc.).

Stark im Fokus der Umweltpartnerschaft steht die Ausweitung der **EMAS-Zertifizierung** - allerdings mit sinkendem Erfolg, der Anteil der EMAS-zertifizierten Mitgliedsunternehmen ist seit dem Jahr 2000 um über 30% zurückgegangen. Unter anderem ist das auch auf den verstärkten Rückgriff der Unternehmen auf die ISO 14001 zurückzuführen. Auch die Landesregierung ist hier kein Vorbild, es sind nur zwei Organisationen des Landes EMAS-zertifiziert.

Die Umweltpartnerschaft ist mehr auf ein Anreizsystem ausgerichtet, die Bewusstseinsbildung steht leider nicht im Vordergrund. Im brandenburgischen Vergabegesetz sind zwar soziale, aber keine ökologischen Anforderungen verbindlich vorgegeben. Insgesamt gibt es gute Absichten bei der Vergabe, aber die Umsetzung ist relativ schwach. Dies entspricht weder

den gesellschaftlichen Ansprüchen noch den ökologischen Notwendigkeiten.

Der Fokus der Wirtschaftspolitik richtet sich zu sehr auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Verbesserung der Wettbewerbssituation etc.). **Aspekte wie die Übernahme einer ökologischen und sozialen Verantwortung durch Unternehmen kommen bisher zu kurz.** Eine Chance für Brandenburg wäre, sein Image in Richtung Nachhaltigkeit aufzubauen.

Diskussion

Die Diskussion in der AG erfolgt übergreifend. Die folgende Darstellung ist thematisch gegliedert.

Ziele und Leitbilder

Diskussion anhand der Leitfragestellungen

1. Was sind die wesentlichen Ziele und Leitbilder für Nachhaltige Unternehmensführung?
2. Was bewirkt Nachhaltige Unternehmensführung standortpolitisch?

Wirtschaft und Unternehmen werden heute zunehmend mit der Anforderung konfrontiert, **gesellschaftliche Verantwortung** zu übernehmen. Mit der Globalisierung ist eine gewisse Selbstregulierung im Wirtschaftsprozess verloren gegangen.

Auf lokaler Ebene ist ein Wirtschaften zu Lasten anderer und der Gemeinschaft nicht so leicht möglich. Dann verliert ein Unternehmen schnell seine Glaubwürdigkeit und damit die Existenzberechtigung. Soziale Verantwortung ist in einer globalen Welt nicht mehr einfach gegeben. Nachhaltigkeit erfordert ein Umdenken in der Wirtschaft und in den Unternehmen. Nachhaltiges Wirtschaften ist ein Wirtschaften, das sich am Gemeinwohl orientiert.

Gesellschaftliche Werte und unternehmerische Werte müssen zukünftig stärker in Einklang gebracht werden - Kooperation statt Konkurrenz, Gemeinwohl statt Eigennutz. Fehlanreize müssen korrigiert werden. Nachhaltigkeit wird von Wirtschaftsvertretern meist nicht als Chance wahrgenommen, sondern oft als

Bedrohung. Eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft ist es daher, Werte wie Verantwortungsbewusstsein und Wertschätzung für Nachhaltigkeit zu vermitteln und vorzuleben. Dann steigt die Chance, Nachhaltigkeit in Unternehmenskulturen zu verankern und Unternehmen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren.

Umsetzungsstand

Diskussion anhand der Leitfragestellungen

1. Inwieweit ist Brandenburg mit seinen Strategien und Maßnahmen schon auf dem Weg hin zu einer Förderung von Nachhaltiger Unternehmensführung?
2. Welche Hindernisse gibt es?

Die Diskussion zum Umsetzungsstand konzentriert sich auf die bestehende Umweltpartnerschaft. Die Umweltpartnerschaft wird übereinstimmend als wichtiger Anknüpfungspunkt im Land Brandenburg gesehen. Sie hat derzeit allerdings einen zu instrumentellen Charakter. Die in der Umweltpartnerschaft angepeilten „Deals“ funktionieren so nicht (besondere Umweltleistung gegen genehmigungsrechtliche Erleichterungen). Tauschgeschäfte in Form eines „Ablasshandels“ sind als Grundlage nicht erfolgreich, so die Teilnehmenden.

Derzeit scheint die Umweltpartnerschaft in einer Blockadesituation zu stecken. Sie wird nicht als ein Netzwerk innovativer Unternehmen wahrgenommen, obwohl dies durchaus eines ihrer ursprünglichen Anliegen war. Positive Signale gehen von der ihr derzeit nicht aus, wesentliche Impulse vermag sie nicht zu setzen. Insofern stellt sich die Frage: Welche Rolle kann die Umweltpartnerschaft in Zukunft spielen, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung?

Zukünftige Maßnahmen

Diskussion anhand der Leitfragestellungen

1. Wie kann die Landesregierung eine Entwicklung hin zu einer Nachhaltigen Unternehmensführung unterstützen?
2. Wie können Unternehmen stärker dafür gewonnen werden?

Ergänzende Fragen: Welche Bedingungen werden benötigt, Unternehmen zu einem nachhaltigen Handeln zu bewegen? Wie kann nachhaltiges Handeln in Unternehmen erleichtert und gefördert werden?

Anknüpfend an den vorigen Abschnitt werden zunächst Ideen dazu diskutiert, wie ein **Neuanfang der Umweltpartnerschaft** aussehen könnte. Als mögliche **Erwartungen von Unternehmerseite** an eine solche Einrichtung und wesentliche Aspekte, die sie für Unternehmen interessant machen könnten, werden genannt:

- Hilfestellung
- Chanceneröffnung
- in der Öffentlichkeit präsent zu sein
- Soziale Akzeptanz (in der Eigen- und der Fremdwahrnehmung)

Motivierende Faktoren für Unternehmen:

- Bestätigung
- Annahme
- Beiträge gewürdigt sehen

Bedingungen einer erfolgreichen Umweltpartnerschaft:

- der **Mehrwert für die Unternehmen** muss erkennbar sein.
- eine **langfristige Orientierung** der Umweltpartnerschaft als Einrichtung und ein langfristiges Engagement der beteiligten Unternehmen und Organisationen ist wichtig.

Zu berücksichtigende Aspekte:

- Unternehmen reagieren durchaus sensibel auf Umfeldveränderungen.

- Es gibt eine gewisse Beharrungstendenz bei Unternehmen (Angst vor Neuem).

Bei den Unternehmen gibt es das Bedürfnis, sich auszutauschen (Treffen, informelle Kontakte etc.). Auch besteht der Wunsch nach Anhörung in Politik und Gesellschaft. Die Umweltpartnerschaft könnte also zu einer Plattform insbesondere für innovative, nachhaltige Unternehmen (Pioniere) entwickelt werden. Ein Beispiel für eine gelungene Plattform ist das Innovationszentrum Bau Berlin-Brandenburg, dessen Zukunft allerdings nach dem Einstellen der EU-Förderung unsicher ist.

Ein denkbares Motto der Plattform könnte sein: Nachhaltigkeit durch Innovation. Es wäre denkbar, die Mitglieder der Umweltpartnerschaft als **Botschafter** für 2 Jahre zu benennen und Ihnen damit eine **aktive Rolle** zu geben. In dieser Zeit haben die Unternehmen die Möglichkeit, etwas zu gestalten. Wichtig ist, dass die Politik dabei immer mit am Tisch sitzt.

Weitere Ansätze für Maßnahmen

Die **Chancen** einer nachhaltigen Entwicklung sollten stärker **betont** werden, **Veränderungen** sollte der **Schrecken genommen** werden. Am Beispiel der Umwelttechnik lässt sich gut zeigen, dass der frühere Angstfaktor heute eine wichtige, treibende Kraft in der Wirtschaft ist. Das kann für die Nachhaltigkeit gleichermaßen gelten. Nachhaltigkeitsdiskussionen werden zu oft über Bedrohungsszenarien und mit dem Faktor Angst geführt statt die Chancen zu betonen. Viele Unternehmen scheitern heute eher daran, dass sie nicht lange genug durchhalten und nicht an mangelnden innovativen Ideen. Diese gilt es auch für Nachhaltigkeit zu nutzen.

Eine wichtige Frage ist, **wie vorhandene (Nachhaltigkeits-)Potenziale** in den Unternehmen **erschlossen und gefördert** werden können. Es gibt viele thematische Anknüpfungspunkte, die heute schon Thema in Unternehmen sind: Innovation, Ressourceneffizienz, Clean Technology, Green + Fair Economy.

Leitbilder sind zunächst Platzhalter, die mit konkreten Inhalten ausgefüllt werden müssen. Wichtig ist die **Schnittstelle zwischen Leitbildern und konkretem unternehmerischen Handeln und Verwaltungshandeln**. Was heißt nachhaltiges Handeln konkret für Unternehmen und Verwaltung? Was bedeutet es in der alltäglichen Umsetzung? Welches sind die konkreten Anforderungen? Welche Instrumente stehen zur Verfügung? Im Verwaltungshandeln wird beispielsweise im Rahmen des EU-Strukturprogramms EFRE eine Nachhaltigkeitsprüfung vorgeschrieben. Die konkrete Umsetzung ist aber unklar.

Weitere Ansätze für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft

Folgende Bedingungen und Instrumente, um Nachhaltigkeit in der Wirtschaft zu ermöglichen, wurden diskutiert:

- **Anreize richtig setzen:** Nachhaltiges Handeln muss sich ökonomisch lohnen. Das setzt Kostenwahrheit voraus (Internalisierung externer Effekte). Wer Nachhaltigkeit lebt, sollte einen Vorteil haben und nicht Nachteile (höhere Kosten).
- **Politische Kultur / Unternehmenskultur:** Entwicklung einer (nachhaltigen) Wertekultur. Politik und Wirtschaft müssen bestimmte Werte vermitteln und fördern. Dazu würde auch gehören, dass die Landesregierung vermittelt, dass sie eine bestimmte Qualität an Unternehmen in Brandenburg haben will.
- **Regularien** (Gesetze, Verordnungen, Vorschriften) und **Sanktionen:** Die Möglichkeiten, nachhaltiges Handeln durch Einsicht und Anreize zu befördern (Steuern etc.), sollten stärker genutzt werden als Zwangsmaßnahmen.
- **Nachhaltigkeit als Chance** für Wirtschaft und Politik muss deutlicher kommuniziert werden. Dennoch sollte man auch die Risiken im Blick behalten, die damit verbunden sind (z. B. für bestimmte Branchen).

Wie erreicht man die Unternehmen?

Soll man ein Umdenken in Richtung Nachhaltigkeit in der Breite fördern oder eher vorhandene Ansätze

aufgreifen und weiterentwickeln, d. h. an den veränderungswilligen Unternehmen ansetzen?

Sinnvoll erscheint es, **nachhaltigkeitsorientierte Pioniere** im Land **systematisch** zu **fördern**. Dazu muss die Nachhaltigkeit in den Unternehmen, die bereits Interesse zeigen und im sozialen und ökologischen Handeln voran gehen, systematisch entwickelt und ausgebaut und diese Unternehmen in den Blick der Öffentlichkeit gerückt werden. Pioniere sind oft intrinsisch motiviert und der Drang etwas zu bewegen ist hier besonders groß. Auch Sinnstiftung spielt oft eine wichtige Rolle. Eine Wertschätzung und Anerkennungskultur in der Landesregierung für diese Unternehmen und das Thema Nachhaltigkeit ist von hoher Bedeutung. In Brandenburg wird ein „Commitment“ benötigt, Landesregierung und die Gesellschaft müssen zu „ihren“ Unternehmen stehen.

Auch Unternehmen, die sich auf den Weg begeben, sollten entsprechend gewürdigt werden. Wenn die Pioniere die nötige Aufmerksamkeit erhalten, werden andere Unternehmen nachziehen („Leittiere und Herdenverhalten“). Dieser Prozess muss eine gewisse Dynamik haben und entfalten. Dann kann so etwas eine Art Domino-Effekt auslösen. Im besten Fall läuft dieser Prozess dann mit der Zeit von alleine und Nachhaltigkeit wird zur Routine.

Best-practice-Beispiele

Eine bedeutende Rolle in diesem Zusammenhang können die Ansätze der Best-verfügbaren-Technik und Best-Practice spielen. Wie es beispielsweise am Markt für Bio-Lebensmittel erkennbar ist, braucht es immer Leitfiguren, die voranschreiten, bis eine Breitenwirkung erzielt wird.

Verbinden könnte die Landesregierung einen solchen Ansatz gegebenenfalls mit der Förderung der Branchenkompetenzfelder (Cluster). Vielleicht lässt sich dadurch sogar so etwas wie ein Image für Brandenburg aufbauen. Das Land könnte offensiv mit Nachhaltigkeit werben und das als Standortfaktor nutzen. Heute vermittelt Brandenburg eher den Eindruck, Billiglohnland zu sein und auf jegliche Unternehmen

angewiesen zu sein, egal was diese für ein Image mitbringen. Demgegenüber könnte **Brandenburg** unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit aktiv formulieren, was es hat und haben möchte (**Wir haben Unternehmen, die...; Wir wollen Unternehmen, die ...**)

Vorbildfunktion des Staates

Der öffentlichen Hand kommt eine wichtige Vorbildfunktion zu. Nachhaltiges Handeln umzusetzen, ist für sie oft leichter als für Unternehmen.

Wichtige Akteure neben den Unternehmen:

- Politik und Wirtschaftsverbände: diese müssen in Bezug auf Nachhaltigkeit Flagge zeigen, von ihnen muss eine Signalwirkung ausgehen
- IHK: insbesondere Netzwerk CSR in Brandenburg
- Technologiezentren: diese werden derzeit oft nur als reine Wirtschaftsförderung gedacht
- Hochschulen als wichtiger Ort (Bezug: Bildung für nachhaltige Entwicklung)
- Nachwuchs in Unternehmen (Ausbildung)

Ein interessanter Anknüpfungspunkt für ein nachhaltiges Wirtschaften in Brandenburg könnte auch der Ansatz der **Gemeinwohlökonomie** sein.

Moderation: Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting GmbH

In der aus den Themen des Vormittags entstandenen AG 4 wird der **Einstieg** in das Thema über die Fragestellung gewählt, wie ein gesellschaftlicher **Transformationsprozess zu einem neuen Wohlstandsmodell mit Schwerpunkt auf der ökologischen Dimension** in Brandenburg unterstützt werden kann. In Abgrenzung zur AG 3 ‚Nachhaltige Unternehmensführung‘ wird hier in Bezug auf die Rolle der Unterneh-

men der Fokus auf **die Nachhaltigkeit von Produkten**, nicht auf das Management wie z. B. der Unternehmensführung gerichtet.

Der mit dem Arbeitstitel Nachhaltige ‚Unternehmenslandschaften‘ angesprochene Themenbereich wird durch die Ausgangsfragestellung nach einem für erforderlich gehaltenen gesellschaftlichen Transformationsprozess also weit gefasst und beinhaltet auch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die für nachhaltige Unternehmenslandschaften benötigt werden.

Produkte und Bedürfnisse

Der vom Moderator vorgeschlagene Ansatzpunkt ‚nachhaltige Produkte‘ wird begrüßt. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass der erste Ausgangspunkt die Bedürfnisse sein sollten. Denn mit Produkten wird ja bereits in Kategorien der Bedürfnisbefriedigung gedacht, die Reflexion über Bedürfnisse lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur auf die verschiedenartigen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, sondern eröffnet auch die Reflexion über die Bedürfnisse und ihre Veränderbarkeit selbst.

Beispiel Biokraftstoffe

Wie wichtig es ist, spezifische Anforderungen an die Nachhaltigkeit von Produkten zu stellen, zeige die Entwicklung im Bereich der Biokraftstoffe. Hier gibt es große Diskrepanzen zwischen den ökologischen Auswirkungen bzw. den Ökobilanzen, die den unterschiedlichen Herstellungsweisen der Biokraftstoffe geschuldet sind. Diese reichen z. B. von der nicht-nachhaltigen Produktion der Biomasse in agro-industrieller Intensivlandwirtschaft bis zur naturverträglichen Nutzung von Brachflächen für die Erzeugung von Biomasse mit geringem Bedarf an Düngung und Pflanzenschutz ohne Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung. Generell sei die Energieerzeugung ein wichtiger Produktbereich, in dem der Transformationsprozess ja auch schon im Gange ist.

Technologien mit Dezentralisierungspotenzial

Als weiterer Ansatzpunkt werden Technologien mit Dezentralisierungspotenzial genannt, da diese ten-

denziell aufgrund der damit verbundenen kleinräumigeren Wirtschaftskreisläufe nicht nur ökologisch vorteilhaft seien, sondern auch Potenziale zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung aufweisen. Dies erhöht die Gestaltungsmöglichkeit der Akteure vor Ort, z. B. um Kooperationsbeziehungen entlang der Wertschöpfungsketten zu organisieren. Auf diese Weise können auch neue innovative Akteursnetzwerke und nachhaltige Unternehmenslandschaften in Berlin-Brandenburg entstehen, die sich durch Profilierung in bestimmten Produkt- oder Technologiefeldern auszeichnen.

Unterstützungsprozesse

Für die Landespolitik stellt sich hier die Frage, auf welche Weise solche Entwicklungen am besten angestoßen und unterstützt werden können. Eine Möglichkeit dazu besteht z. B. in der Stimulierung der Nachfrage, nicht ausschließlich aber auch nicht zuletzt im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe.

Ein anderer Vorschlag hierzu lautet, bessere Möglichkeiten zur Vermarktung von nachhaltigen Produkten und Technologien zu schaffen bzw. politisch zu unterstützen.

Als weiterer Ansatzpunkt werden dörfliche Strukturen als Ganzes genannt, die als soziales Gebilde themenspezifisch (z. B. Energiegenossenschaften) mobilisiert werden können.

Handlungsfeld Energie

Die Konkretisierung einzelner Ansatzpunkte für Berlin-Brandenburg erfolgt exemplarisch für die Energieversorgung. Eine Idee ist die Entwicklung eines regionalen Energieclusters Potsdam-Mittelmark mit dem Ziel, die Energiewende vor Ort zu vollziehen. Probleme der bisherigen diesbezüglichen Arbeit werden in unzureichendem Kapital und unzureichender Vernetzung der regionalen Akteure gesehen. Ein wichtiger nächster Schritt ist die Errichtung eines virtuellen Kraftwerks.

Aus Sicht der Teilnehmenden ist ein neues Marktdesign für die Erzeugung erneuerbarer Energien erforderlich. Um vom Ideenkonzept zur Verwirklichung zu

kommen, wird die Mobilisierung relevanter Akteure für erforderlich gehalten. Bisher fehlt noch weitgehend das Bewusstsein bei kommunalen und landespolitischen Akteuren für die Unterstützung eines solchen Clusters.

Das Land könne insbesondere im Rahmen der Ebenen-Koordination unterstützend tätig werden. Kapital soll gemeinschaftlich mobilisiert werden; Energiegenossenschaften bieten hier den Vorteil, lokale Teilhaber direkt einbinden zu können.

Dezentrale experimentelle Projekte

Generell wird mehr Unterstützung für experimentelle Projekte gefordert, um soziale und technische Innovationen im Sinne eines systemischen Ansatzes besser miteinander verbinden zu können. Hierbei ist wichtig, die bottom-up Initiativen durch eine entsprechende Ausrichtung der top-down Innovationsstrategie für Berlin-Brandenburg zu fördern (beispielsweise in dem entsprechende Spielräume für die Projektgestaltung gelassen werden).

Die Förderung eines Energieclusters solle darauf zielen, dezentrale Bemühungen und Initiativen zu unterstützen und die regionale Nachfrage zu stärken.

Ein weiterer Ansatzpunkt für sinnvolle Unterstützung durch die Landesebene besteht im Schaffen von mehr Breitenwirksamkeit erfolgreicher Modellprojekte.

Ziele und Leitbildelemente eines nachhaltig umweltverträglichen Wirtschaftens

Als Leitbild wird die Gemeinwohlorientierung genannt, zu deren Erreichen ein Wertewandel erforderlich ist. Ohne einen Wertewandel hin zu einem schonenderen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen – der ökologischer Fußabdruck ist aktuell noch viel zu groß – fehle das notwendige Bewusstsein, um die Transformationsprozesse voran zu bringen.

Als Ziele werden weiterhin genannt:

- Orientierung an natürlichen, geschlossenen Kreisläufen

- Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten
- Entwicklung eines spezifischen Leitbilds für den lead-Markt Energieversorgung Berlin - Brandenburg
- Entwicklung einer Bioökonomie, die sich überwiegend auf erneuerbare Ressourcen stützt und diese in Kaskaden nutzt

Schlussfolgerungen und Fazit

Abschließend wird reflektiert, welche Schlussfolgerungen sich aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppe für die weitere Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg ziehen lassen. Diese lauten im Einzelnen:

- Mehr landespolitische Unterstützung für einzelne Akteure und Akteursnetzwerke geben;
- Weitere Potenzialanalysen für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen in Brandenburg durchführen, beispielsweise im Bereich der Bioökonomie;
- Nachhaltige Unternehmen, Unternehmensnetzwerke und Produkte als Standortvorteil in Brandenburg entwickeln;
- Suchprozesse unterstützen, Experimentierfelder dafür schaffen bzw. zulassen.

„Was nehmen Sie mit für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie?“

Podiumsdiskussion

Staatssekretär Henning Heidemanns

Staatssekretär für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer

Beirat für Nachhaltige Entwicklung, Stellvertretende Geschäftsführerin des Zentrum Technik und Gesellschaft ZTG der Technischen Universität Berlin

Arno Schelzke

Geschäftsführer Schlossbrauerei Fürstlich Drehna

Moderation: Dr. Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting GmbH und Stefan Löchtfeld, e-fect dialog evaluation consulting eG

Unter der zentralen Fragestellung „Was nehmen Sie mit für Ihre weitere Arbeit/ für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie?“ findet eine Podiumsdiskussion statt. Die Aussagen der Teilnehmenden werden im Folgenden zusammenfassend berichtet.

Arno Schelzke

Angesichts der Anregungen aus dem Workshop und den fachlichen Diskussionen der Veranstaltung sieht sich Arno Schelzke in seinem Plädoyer für eine durchdachte Arbeitskräftesicherung bestätigt. Dabei spielt für ihn besonders die Attraktivität von Berufsbildern eine entscheidende Rolle. Entsprechende Lösungsansätze sollten interdisziplinär erarbeitet werden.

Die bedeutendste Stellschraube ist für ihn dabei das Thema Bildung. In diesem Kontext muss die Wirtschaft Kontakt zu Schulen finden und Bildungsübergänge müssen besser moderiert werden. Die Politik ist in der Pflicht den benötigten Rahmen zu gestalten. Dazu gehöre u. a., dass sich Nachhaltigkeit für Individuen monetär lohnen kann und nicht-nachhaltiges Verhalten ökonomisch bestraft wird.

Persönlich ist Herr Schelzke davon überzeugt, dass Unternehmen, die auf Fördergelder angewiesen sind etwas grundlegend falsch machen. Eigeninitiative ist das Stichwort der Stunde. Für Herr Schelzke wäre ein

wichtiger Meilenstein Brandenburgs auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit, wenn die Jugendlichen anstatt abzuwandern im Land blieben.

Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer

Gefragt nach Ihrem persönlichen „Aha-Erlebnis“ des Workshops, antwortet Frau Prof. Dr. Dr. Schäfer, dass ihr besonders einige Stichworte aufgefallen sind, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Veranstaltung ziehen. Unter anderem werden immer wieder Wörter, wie Mut, Experimente und Pionierleistung genannt.

Aus Ihrer Sicht zeigt sich ein Wandel in den Leitbildern. Man löst sich langsam von der Haltung „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand und haben kein Geld, um zu handeln“. Stattdessen habe man mehr Mut, sich für eine eigene Strategie zu entscheiden und trotz knapper Mittel Projekte in Angriff zu nehmen, von deren Nutzen man überzeugt ist.

Natürlich müssten Leitbilder auch weiterhin reflektiert werden. Außerdem müssen widersprüchliche Strategien und Ziele auf Dauer feinjustiert werden, um eine bessere Passung zu erzielen. Trotzdem will Frau Prof. Dr. Dr. Schäfer dafür appellieren, Pionieren mentale Unterstützung und Wertschätzung für ihre Experimente entgegenzubringen.

Offen bleibt allerdings die Frage, inwiefern man Nachhaltigkeit „runterbrechen“ könne, sodass die Einhaltung nachhaltiger Prinzipien im Alltag durch geeignete Indikatoren besser sichtbar werde.

Staatssekretär Henning Heidemanns

Herr Staatssekretär Heidemanns begrüßt, dass so viele Menschen am Prozess teilnehmen. In Anlehnung an die Gedanken von Herrn Schelzke betont er, dass der Kontakt zwischen Wirtschaft und Bildung auch aus seiner Sicht ein wesentlicher Faktor für die Fachkräftesicherung sei. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche eine Vorstellung davon bekommen, wie ihr späteres Leben aussehen könnte. Einblicke in Unternehmen, wie z. B. durch den Girls-Day initiiert, können dieses Ziel unterstützen. Es ist außerdem bekannt,

dass an Schulen mit starkem Kontakt zur Wirtschaft Schüler und Schülerinnen weniger häufig ihre Schulbahn vor dem Abschluss abbrechen würden.

Bezogen auf Frau Prof. Dr. Dr. Schäfer merkt er an, dass die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie genau darin münden soll, Nachhaltigkeit in verständlicher Weise zu „übersetzen“ und im Alltag umzusetzen. Das Generieren positiver Leitbilder mit erkennbaren Indikatoren für Erfolge ist für ihn der Erfolgsschlüssel für ein nachhaltiges Brandenburg.

Für ihn zählt die Energiewende derzeit nicht als positives Beispiel für ein gelungenes Leitbild. Positive Leitbilder sind sehr stark mit Unternehmertum verbunden. Ein Unternehmer bzw. Unternehmerin hat eine Idee, d. h. eine Perspektive in der Zukunft, die es zu erreichen gilt. Dass man dabei nicht die Kassen leeren oder erfolgsrelevante Ressourcen verbrauchen kann ohne sie wiederherzustellen ist dabei selbstverständlich. Daher ist aus seiner Sicht Unternehmertum per se nachhaltig.

Eine besondere Bedeutung spielt dabei das systemische Denken, also das Mitdenken sämtlicher umgebender Akteure und Rahmenbedingungen für das Handeln. Für Unternehmer/innen ist es normalerweise auch selbstverständlich, eine langfristige Rendite gegenüber kurzfristigen Gewinnen zu präferieren. Für Brandenburg ist das Unternehmertum allein aus diesen Gründen eine wertvolle Ressource auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Im Ländervergleich habe Brandenburg passenderweise die höchste Quote an Selbstständigen nach Berlin.

Abschließend betont er noch einmal, wie wichtig er die Partizipation aller Teilnehmenden findet. Er will diese Arbeit weiterhin unterstützen. Die Ergebnisse des Workshops bilden außerdem die Grundsubstanz für die Arbeit in den nächsten Jahren mit dem Ziel eine Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg zu erstellen.

LAND BRANDENBURG

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

Nachhaltigkeitsbarriere aktiv abbauen / überwinden

einmal & globaler Bestand als Instrument (z.B. BIP / Wirtschaftswachstum)

best. aufgetrennte Wirtschaftsstrukturen

globale Zusammenhänge mitdecken

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

- Wirtschaftssubjekte brauchen sozioökonomischen Rahmen, in dem sich nachhaltiges Verhalten lohnt
- Einsatz / Lösung für unterschiedl. Rahmen (BRD, EU, UNO) / eigene Handlungs-Kompetenzen / Felder
- Internationalisierung / Commitment → ökonomisch → sozial

08.11.2012 Workshop Wirtschaft und Arbeit

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

Handlungskompetenz und systemisches Denken für nachhaltiges Wirtschaften, Arbeits- und Leben auf individueller, betrieblicher + staatlicher Ebene

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

3 Akteure:

- Unternehmen, Politik & Konsumenten (AN, Wähler, ...)
- → nehmen ihre jeweilige Rolle wahr
 - ↳ Regierung/Politik: Leitbild, Werte
 - ↳ Beachtung ökologischer Fußabdrücke = Reduzierung

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

- Selbsttragende wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor Ort sichern

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

- Anwendungsnahes Know how in / für die Regionen vor Ort sichern
- Regionale und individuelle Eigenverantwortung | -initiative u. Risikobereitschaft anregen und stützen
- Kulturelle Werte & selbsttragende Simplicity-Strategie? Ressourcenverbrauch?

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

- Wirtschaftspolitik erfordert langfristige, partizipativ erarbeitete Leitbilder + Reflexivität
→ Richtungssicherheit

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

- Lebenszyklusbetrachtung ausklammern
Kurzfristige Strategien
- Mindestbedingungen formulieren und Anreizsysteme f. Pioniere schaffen
- Verbindlichkeit d. Einbezugs v. Nachhaltigkeitskriterien in die alltägl. Verwaltungspraxis / Vorbildcharakter der öffentl. Hand

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

- *Gesellschaftlich akzeptierter Wertewandel
(langfristige Rendite statt kurzfristiger Gewinn)*

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

- *Wende vom Ziel her angehen:
meßbare Ziele definieren + Zwischenziele ⊗*
- *Bildung auf allen Ebenen fördern
(Sensibilisierung für d. Wertewandel)*
- *Beteiligte abholen & mitnehmen
(Vorbildfunktion, Partizipation)*
- ⊗ *Mut eingefahrenen Pfaden zu verlassen*

Ergebnis der Tischgruppe

Was ist aus Sicht der Gruppe der wichtigste Grundsatz für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten?

- Gemeinwohlorientierung

Drei konkrete Ansatzpunkte für die Erreichung des oben genannten Grundsatzes für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten in Brandenburg sind:

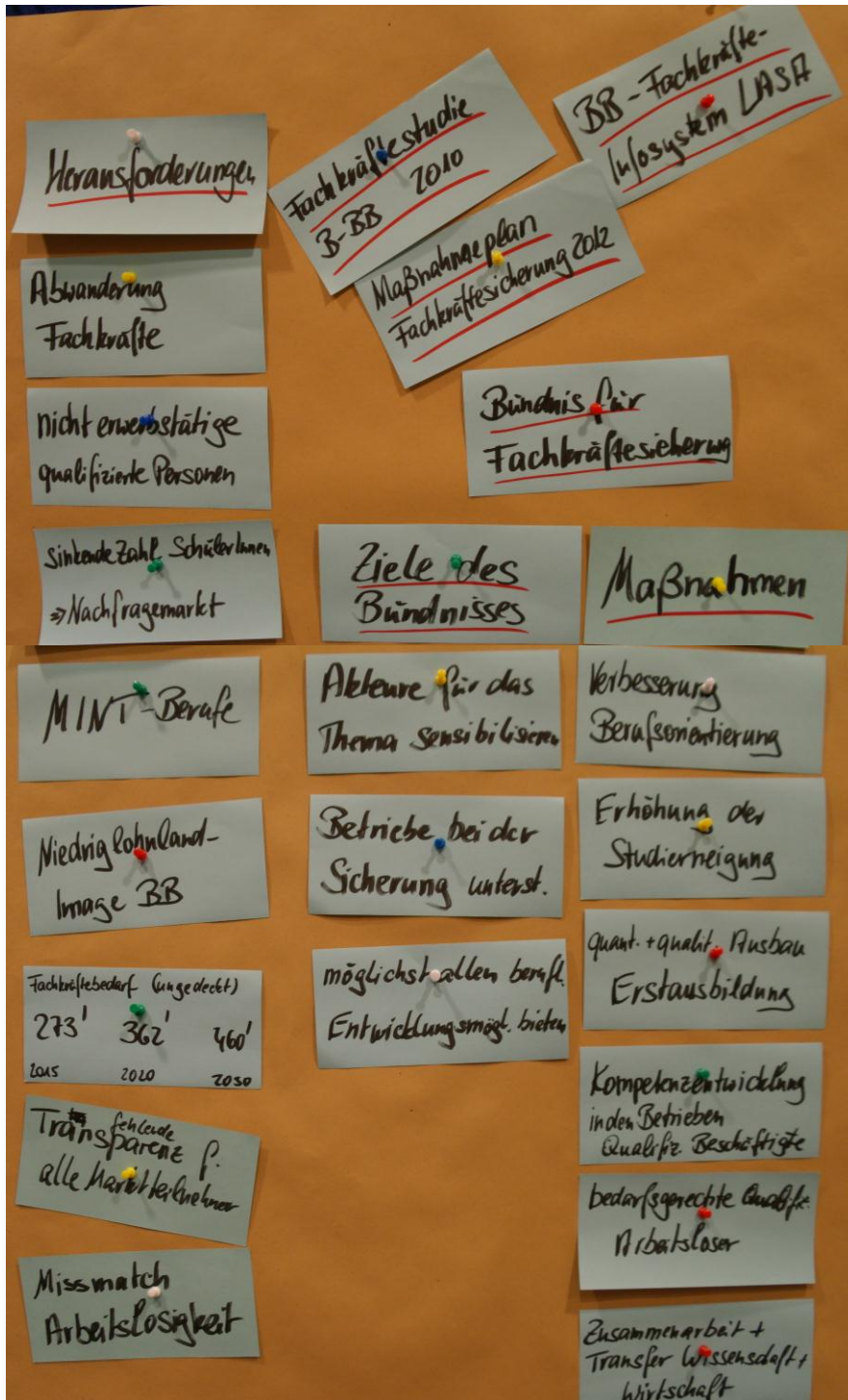
- Potenziale "wachküssen"

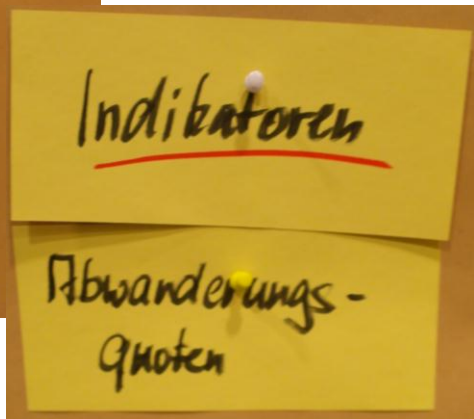
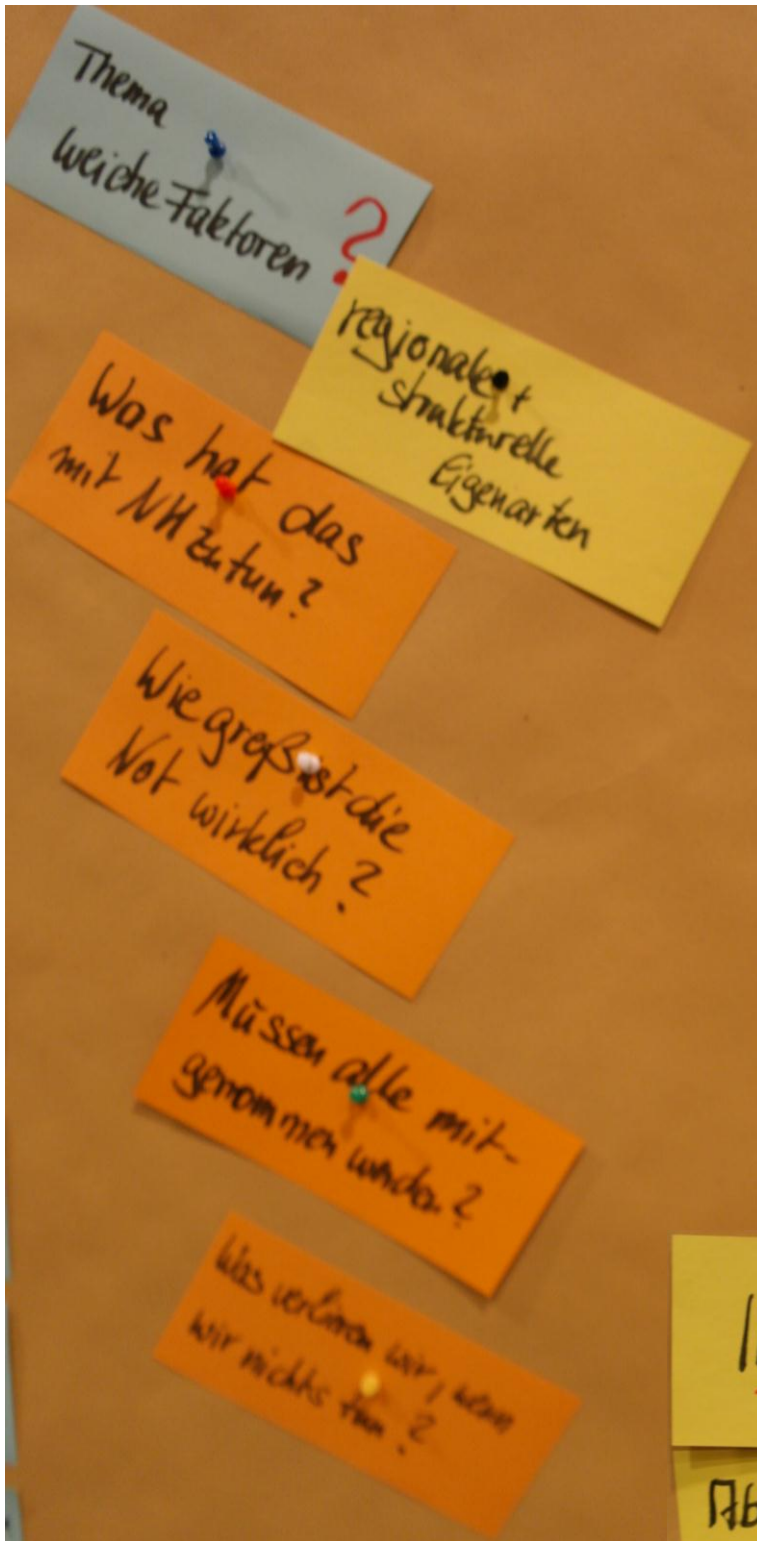
Bereitschaft von Verantwortung

- und Kooperation fördern

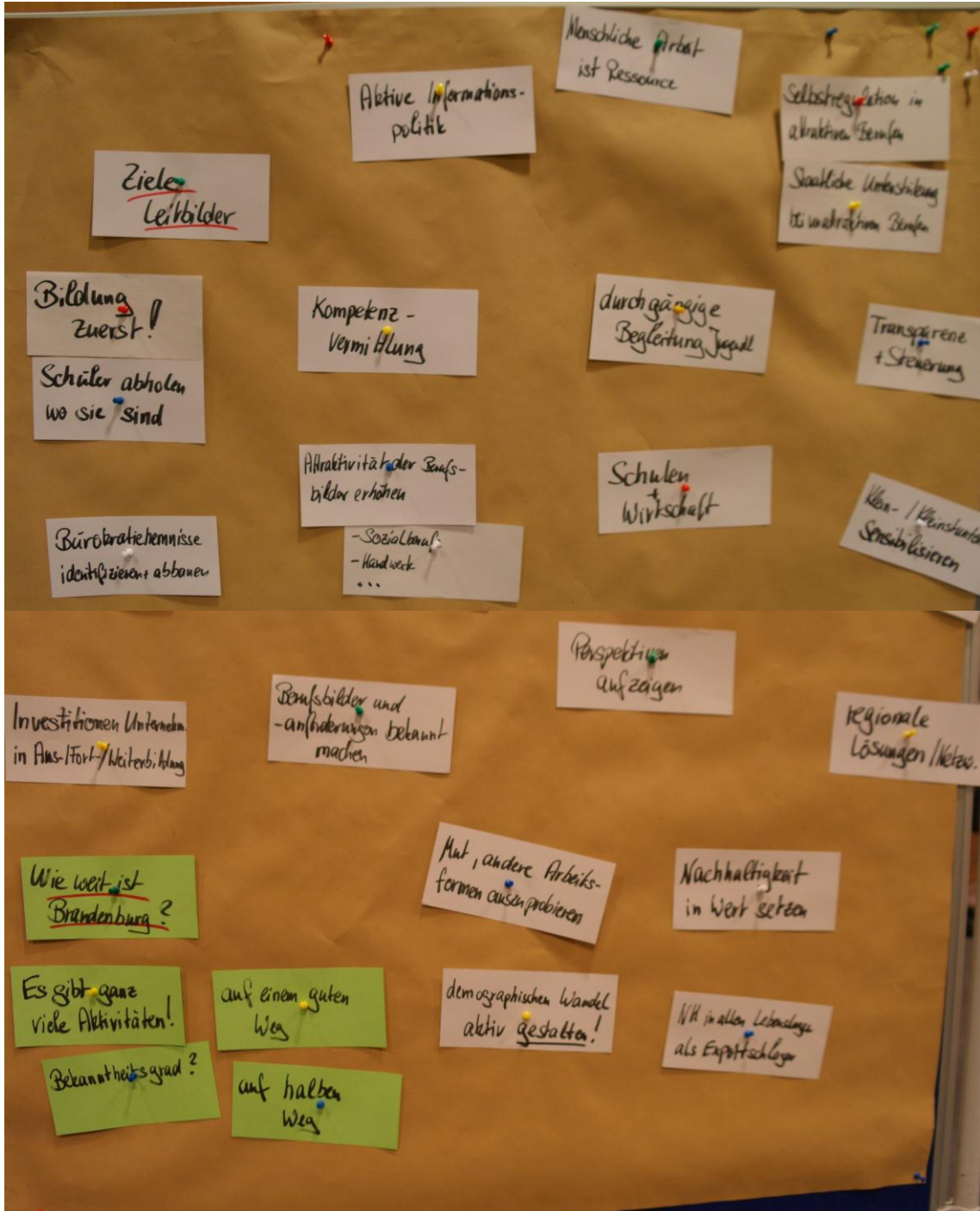
- Vorbildfunktion + Mitmachen
(Land, Unternehmen, Zivilgesellschaft)
...

Pinnwand 1



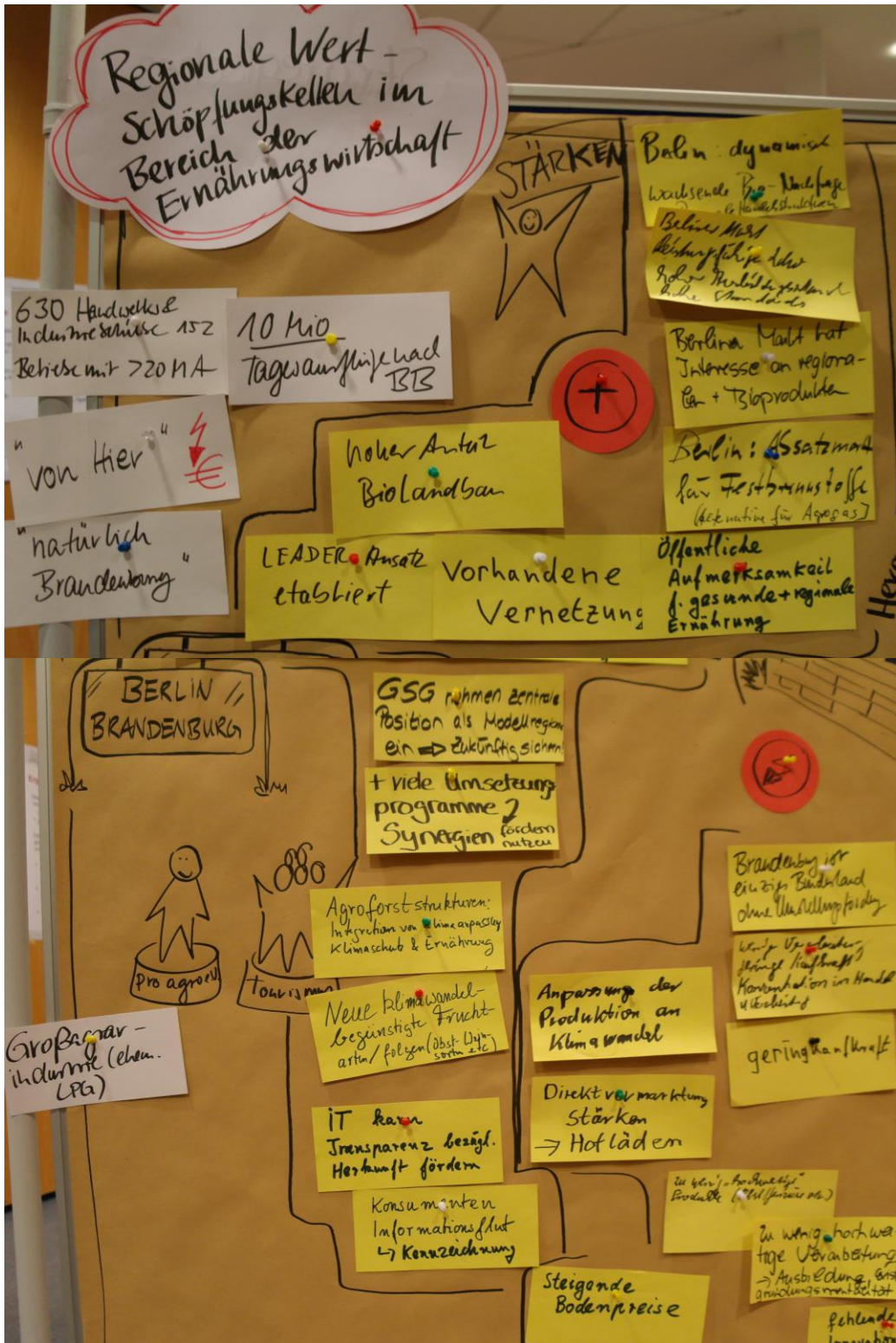


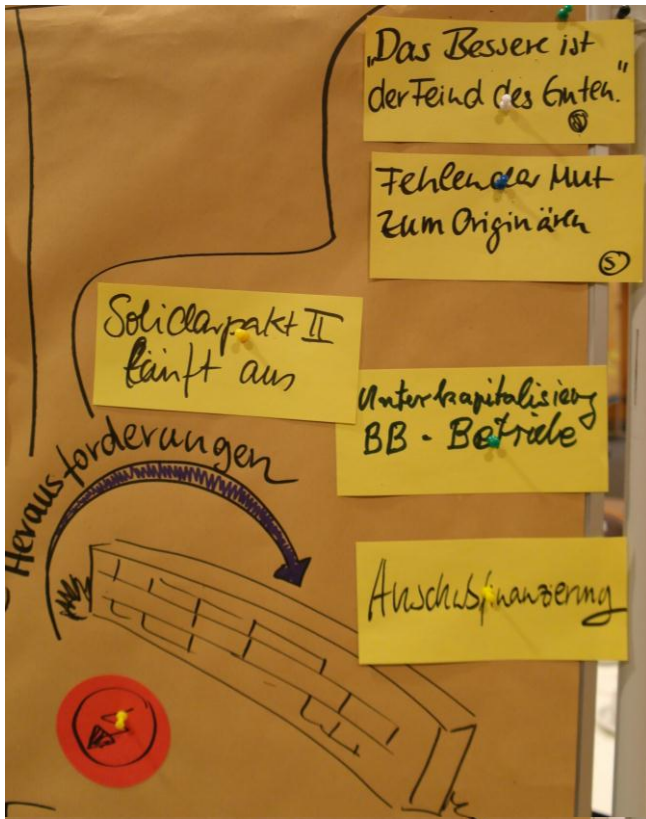
Pinwand 2



Pinwand 1







Brandenburg ist einzig Bundesland ohne Umstellungsförderung

wenig Verflechtung (Kaufkraft) Konzentration im Handel & Einzelhandel

gering Kaufkraft

schlechte Böden [Schnee]

Aufteilung des Marktes

Nachhaltige Lebensmittelproduktion + reg. Energieerzeugung vereinbaren.

Zu wenig hochwertige Verarbeitung → Ausbildung, Existenzgründungsmöglichkeit

Haushaltskonsolidierung (Kof. EU, Bundesförderung)

fehlende Innovationsbereitschaft (haben wir noch nie gemacht)

(= Hochwertige & (Bild/Service etc.)

Pinwand 2

Förderpolitik
Strukturfonds

Zusammenarbeit
Berlin / Brandenburg

Ziele & Leitbilder:

- Regionale Wirtschaft ≠ Nachhaltigkeit
- Wertschätzung → (früh ansetzen) von Lebensmittel
- Versorgung vor Ort
- Wert nicht Geldschöpfungskette
- Nahrungsmittelqualität
- Lebensqualität
- Förderpolitik + Weltmarkt + schaffen Rahmenbedingungen
- Rahmenbedingungen für Öko, soziale, nachhaltige Wirtschaft
- Leitmärkte (z.B.) Ausbauen
- Sich selbst organisierte Landwirtschaft Konzepte

STRATEGIEN & MASSNAHMEN

- Partizipation der Verbraucher → Kartoffelferien
- Unterstützung kontinuierlicher Netzwerke auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette (Erzeuger - Handel)
- Aufbau eines Regionalimage
- Einbindung regionaler Produkte in die Gastronomie
- Einbindung der Direktvermarktung in Angebote von Tagesaufhängen
- Schule + Schulkindern regionale Produkte
- Bildung für die Ernährungswende
- Gemeinschaftsgärten
- Genossenschaftsmodelle
- Eigeninitiative der lokale

Produktionskapazitäten schaffen ⇒ Basis als große Absatzmarkt

Revolutionäre Fonds

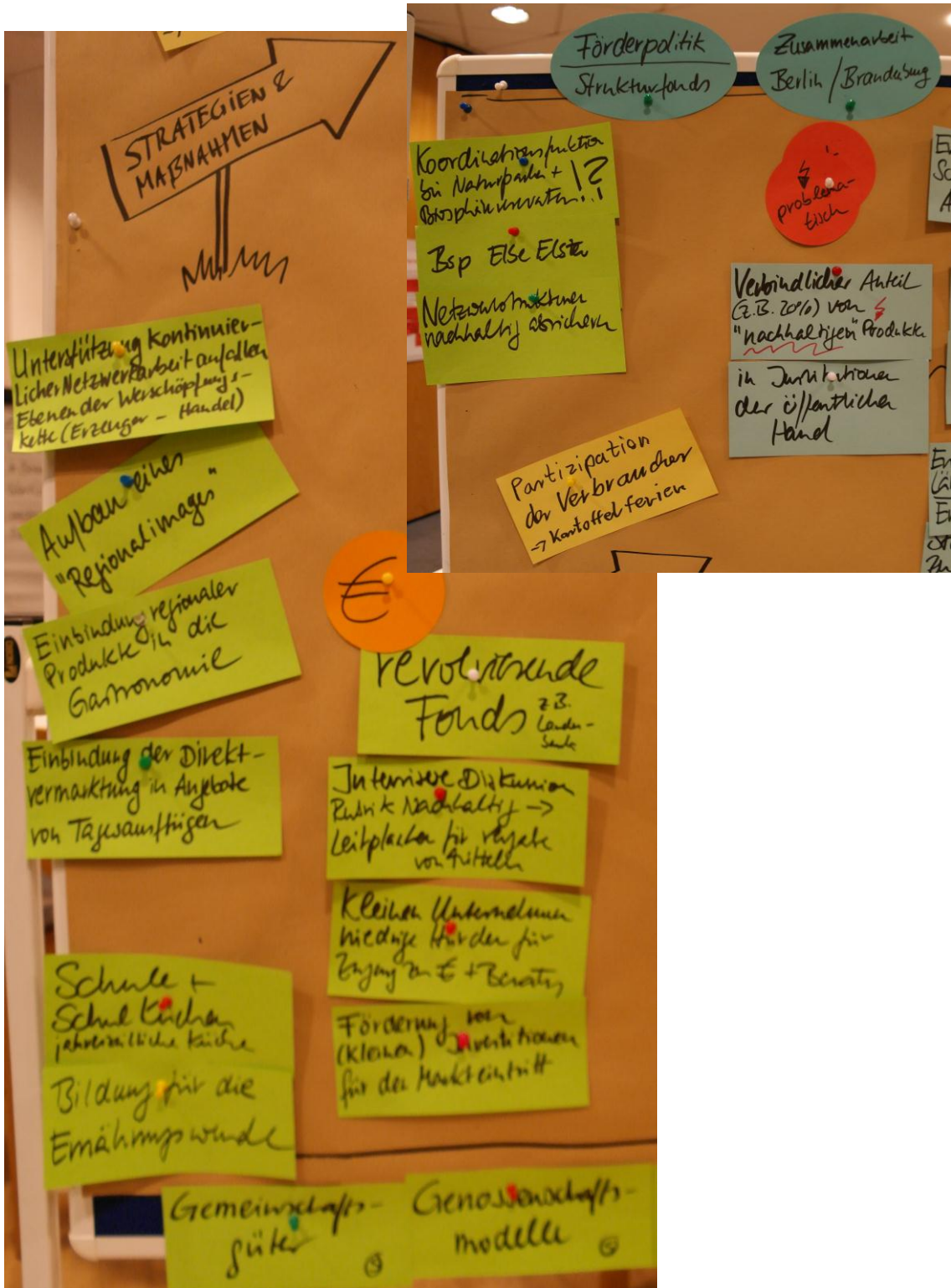
- Interne Diskussionen Punkt Nachhaltigkeit → Leitplanken für regionale Wirtschaft
- Kleinere Unternehmen niedrige Werten für Zugang zu + Bewusst
- Förderung von (kleinen) Start-up Firmen für den Markt

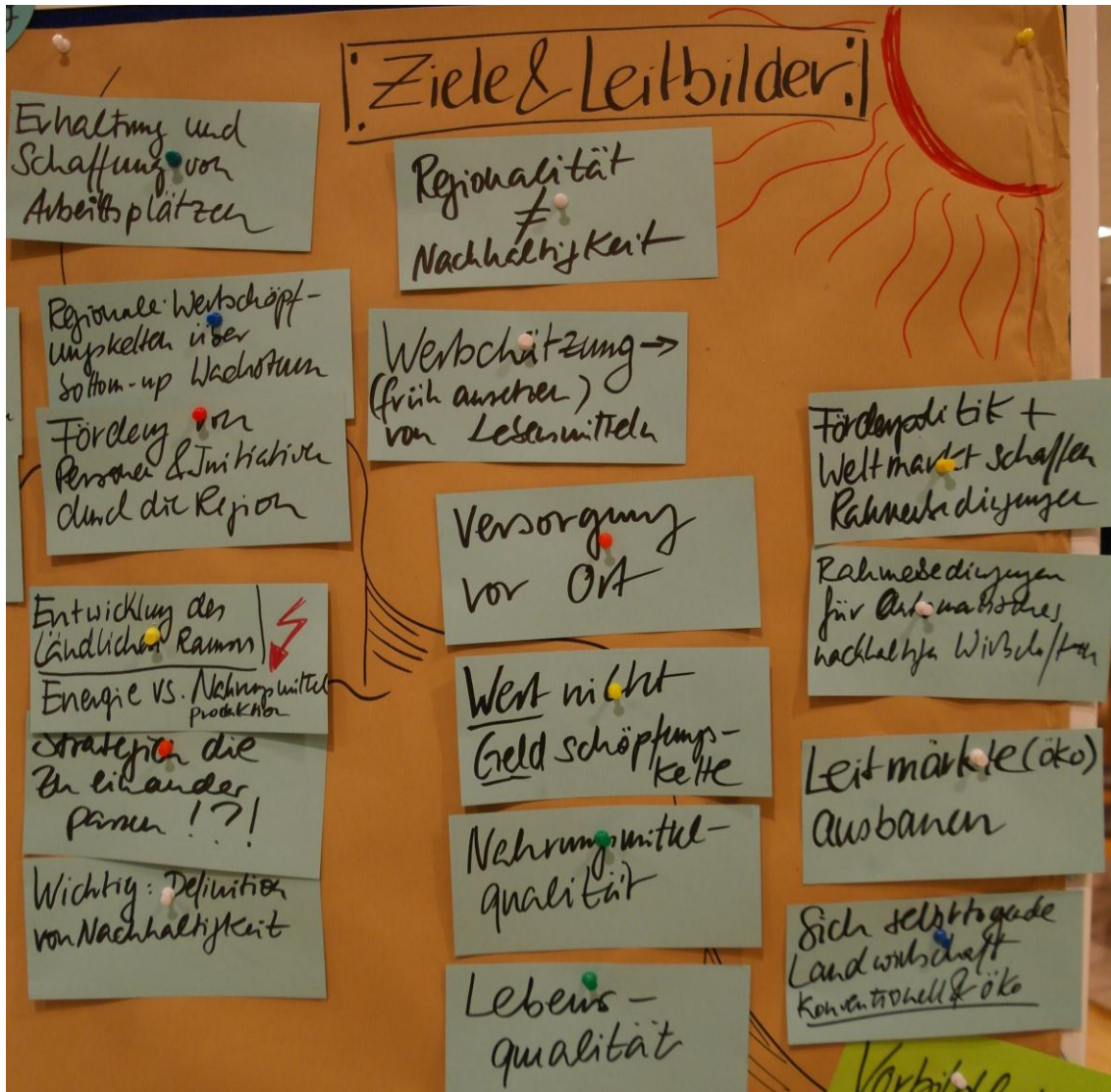
Vorteilspunkte

- Verändertes Verhalten Bio produkte in die Wertschöpfungskette von Produkten
- Langfristige + Wirtschaftliche Partnerschaften
- and. v. Markt im Markt
- „Clean way profits“

Other notes:

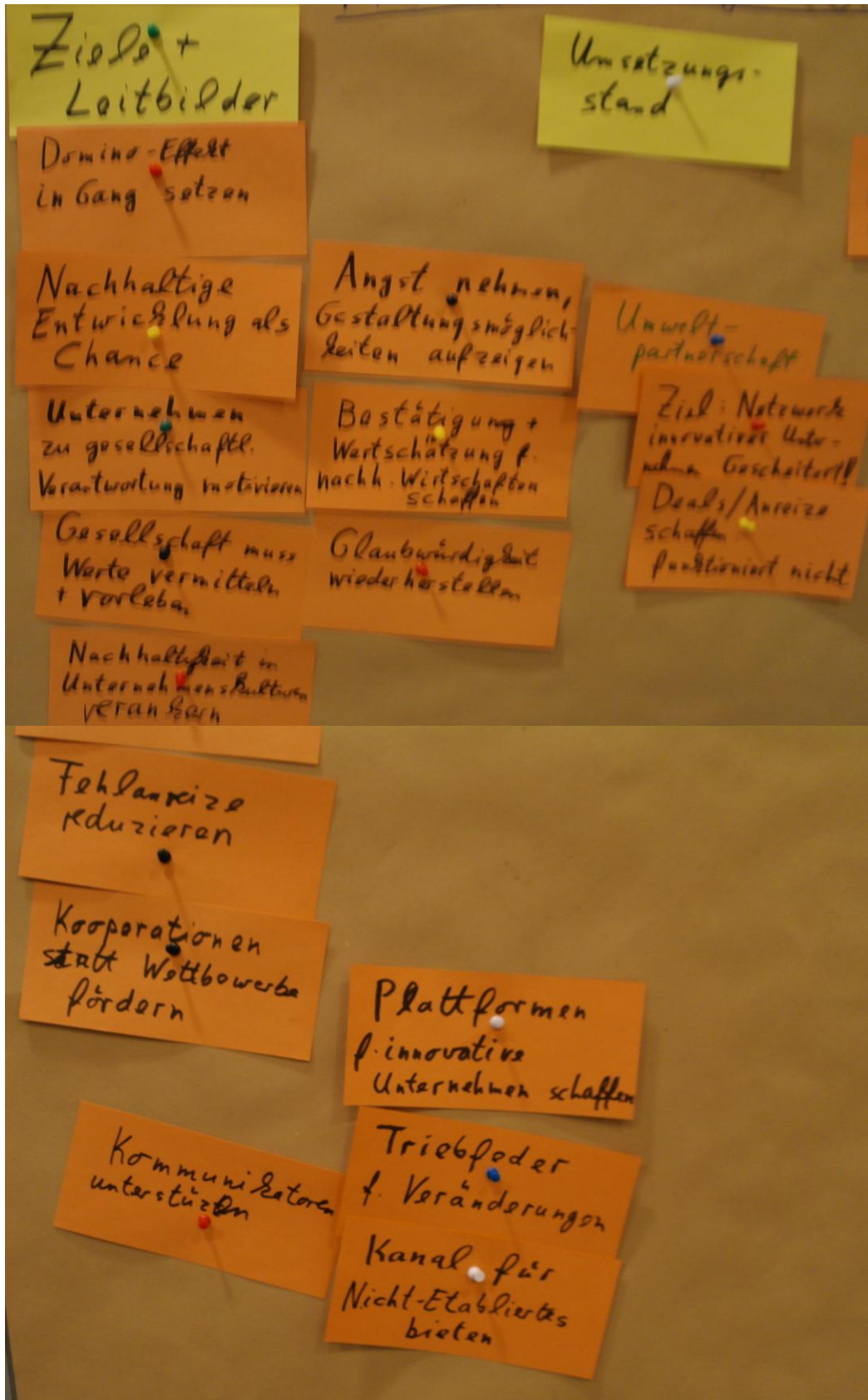
- Durchführungsfunktion in Naherholungs- + atmosphärischen Innovationen!
- Bsp Elise Elster
- Netzwerkstrukturen nachhaltig absichern
- problematisch
- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Regionale Wertschöpfungsketten über Bottom-up Wachstum
- Förderung von Personal & Initiativen durch die Region
- Entwicklung des ländlichen Raums
- Energie vs. Nahrungsmittelproduktion
- Strategien die an einander passen!?!?
- Wichtig: Definition von Nachhaltigkeit
- Verbindliche Anteil (z.B. 20%) von "nachhaltigen" Produkten
- in Zusammenarbeit der öffentlichen Hand
- Einfluss
- nein / innovativ
- Bauer sucht Koch Koch sucht Bauer
- natural "besser" → digitale Unternehmen
- Verbraucher - mit Verbraucher - App
- Konzept - App

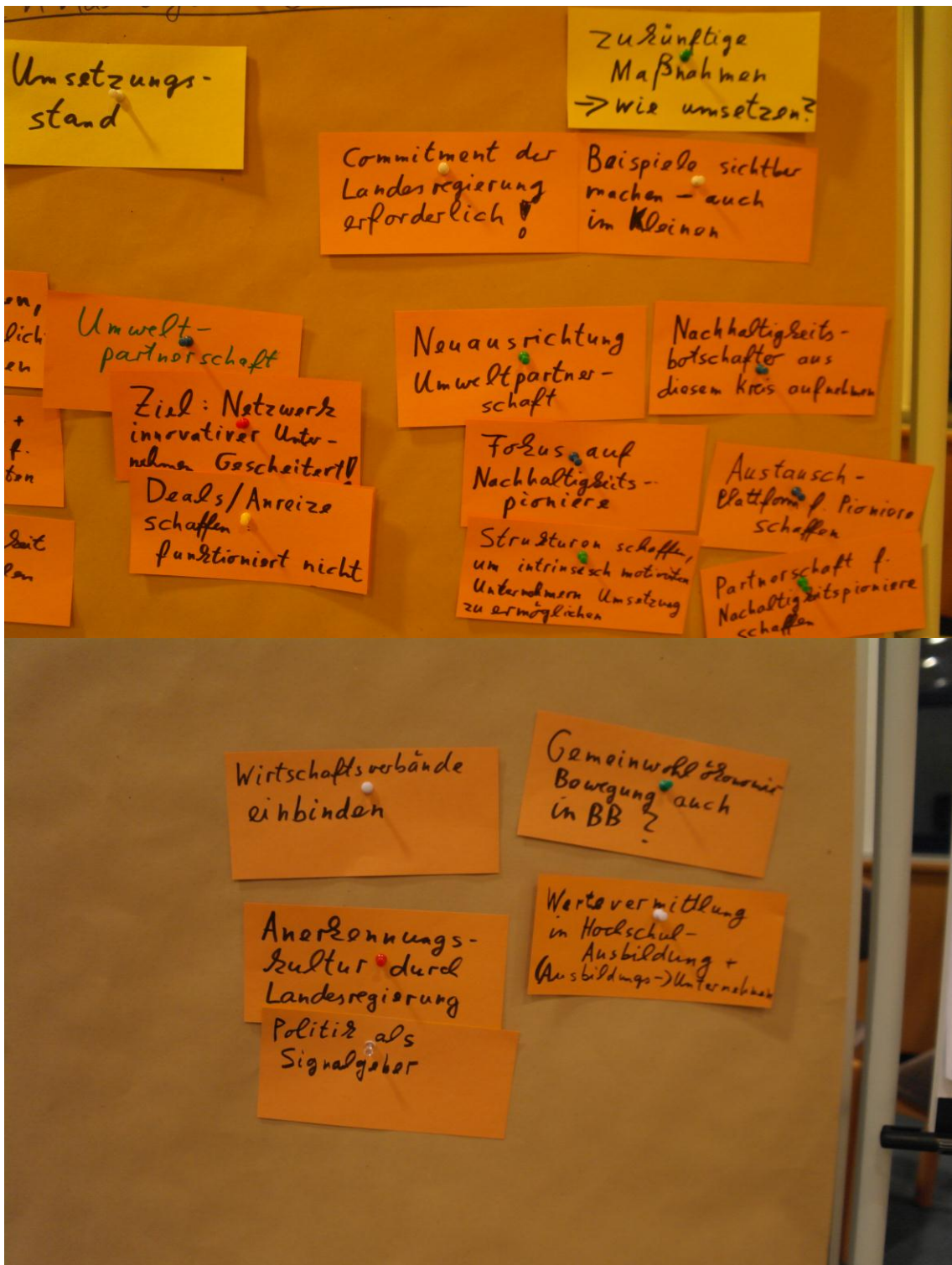














Wo ansetzen?

dieses Struktur als
Ganzes relevanten
Ausgangspunkt

neue Technologien
+ Produkte
Landespolitisch "pushen"

nachhaltige Produkte
wichtig: Wirkstoff-
stoffe; Energie
allgemein

Gestaltungsmöglich-
keiten der Abwasser

nicht Produkte,
Bedürfnisse als
Ausgangspunkt

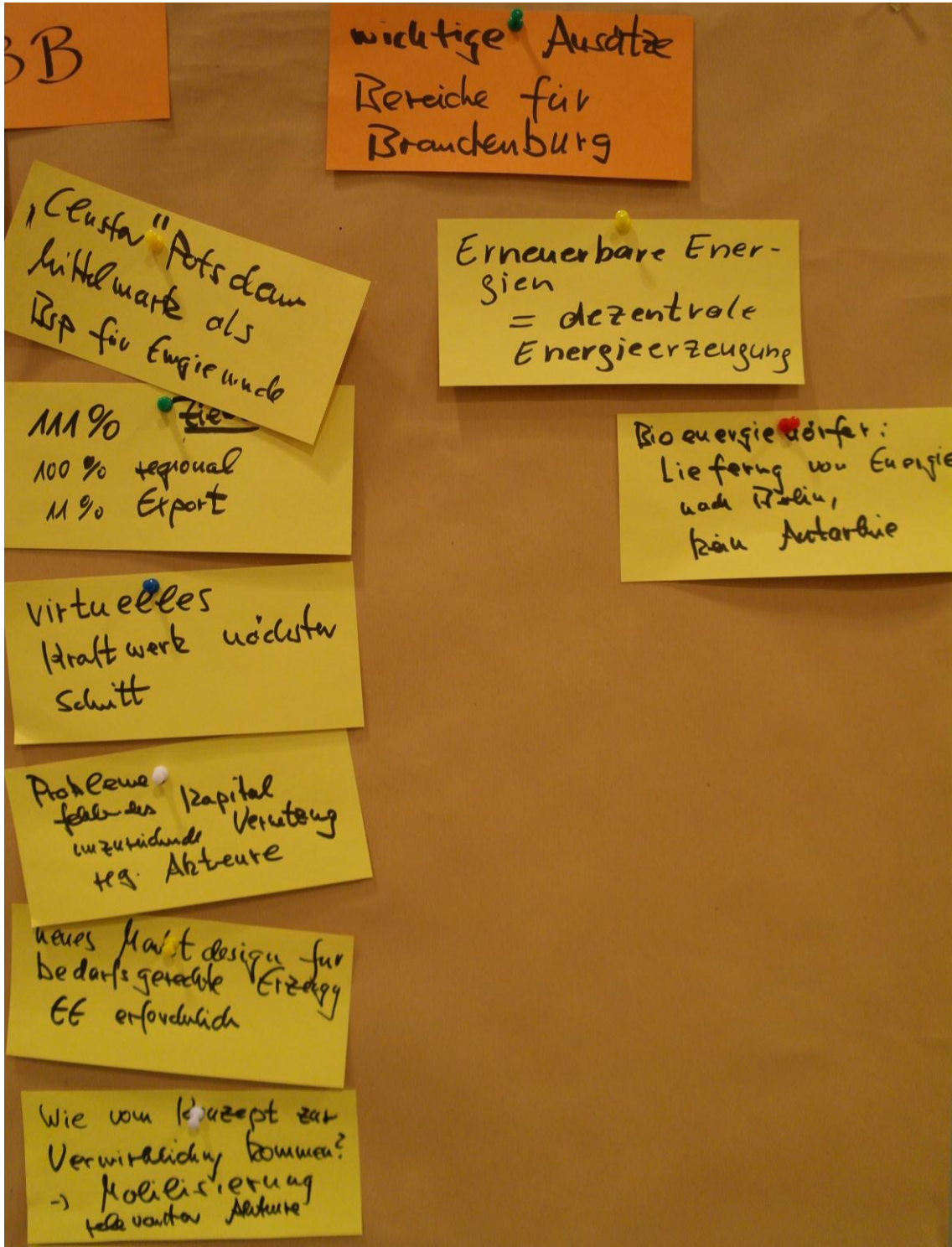
Technologien mit
Dezentralisierung-
potenzialen

innovative Nachhaltig-
keits - Unternehmen
in "Netzwerken"
unterstützen (U-Land
schaffen)

Nachfrage für nach-
haltige Technologien
stimulieren (z.B.
Gebäudeenergie)

Abwassererzeugung entlang
Wertschöpfungskette auf-
wickeln

Möglichkeiten zur
"Vermarktung" von nach-
haltigen Techn. + Prod. sch.



→ u.a. über Bioenergie
dorft coaching
Bewusstsein fehlt bei
→ kommunalen + Landes-
politischen Akteuren

→ Unterstützung durch
Land fehlt für
Ebenen Koordination
→ Hospital gemeinschaftlich
motivieren

- Ehrenamt Engagement
erforderlich
- Energie genossenschaftlich
mit Vorteil für lokale
Teilhaber

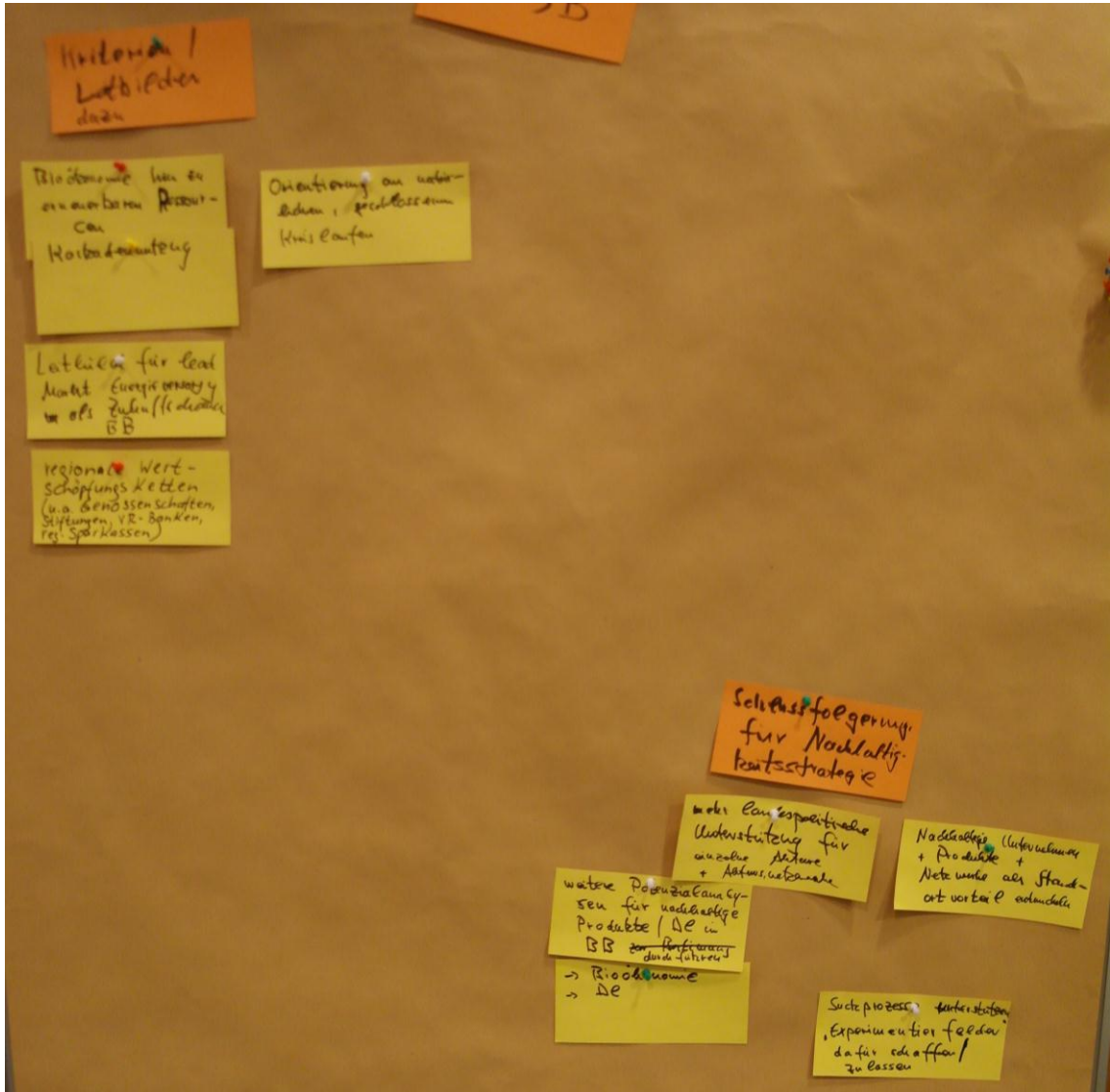
- mehr experimentelle
Projekte unterstützen
- für mehr & Bestenwisi-
samt mit erfolgreicher
Prozesse zeigen

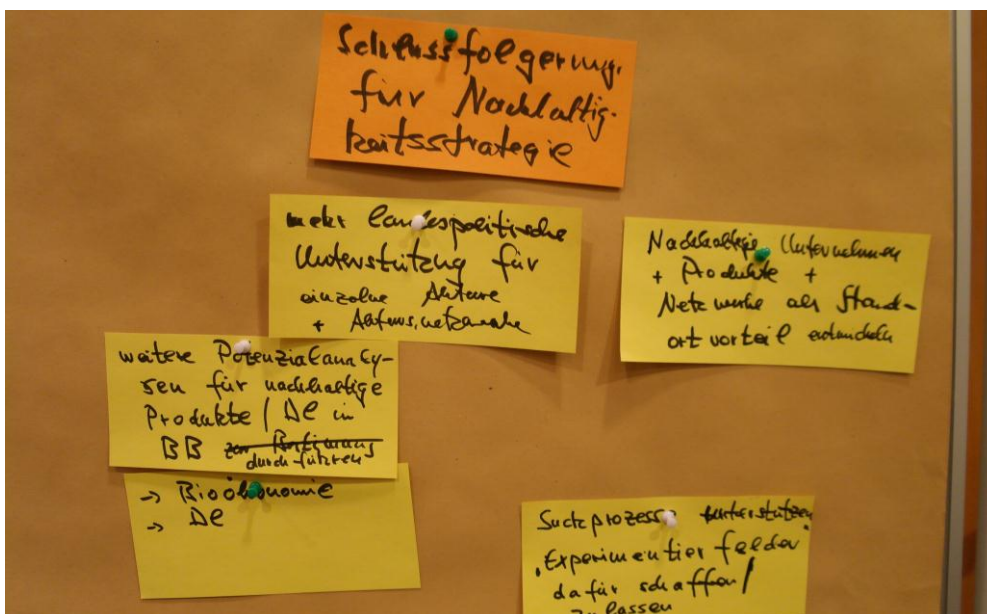
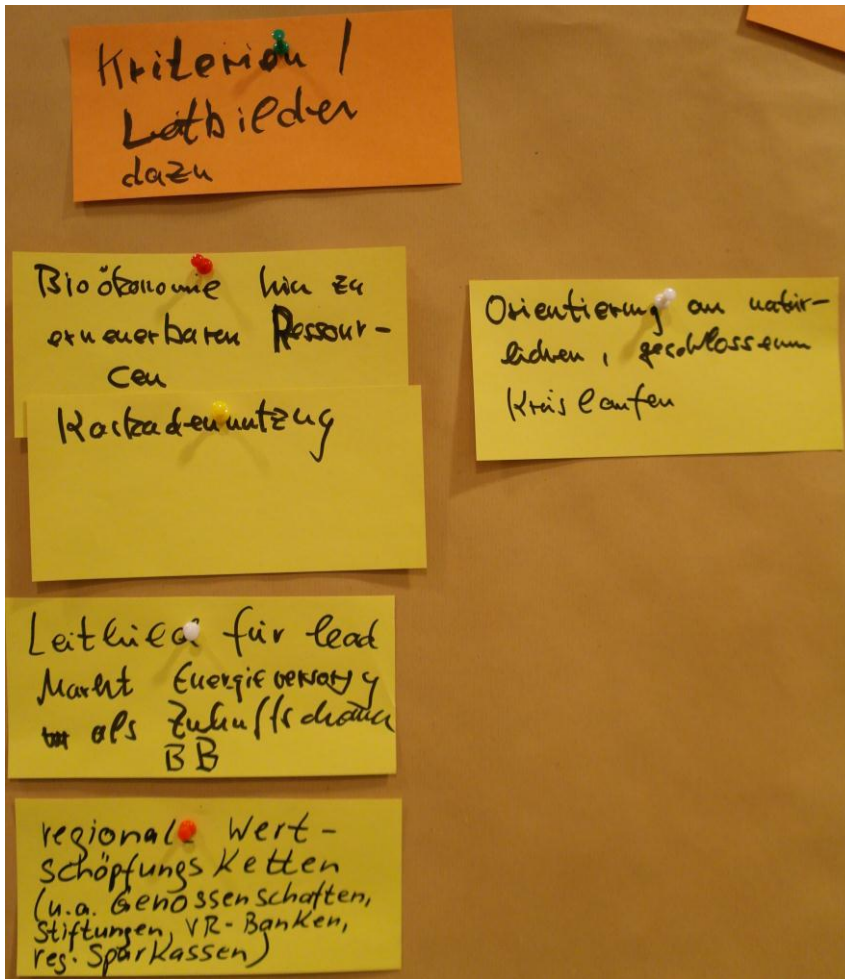
Ergänzung der Bottom-up
Initiativen durch
top down Unterstützung
→ Juno Strategie

Initiativen einbinden
→ soziale + technische
Innovationen
verbinden

Energiecluster weiter-
entwickeln (BB)
- (reg.) Nachfrage stärken
- Dezentralisierung unter-
stützen; vorhanden

Pinwand 2





Liste der Teilnehmenden

Vorname	Nachname	Institution
Jan-Hendrik	Aust	IHK Potsdam / ETI
Prof. Dr. Ingo	Balderjahn	Beirat für Nachhaltige Entwicklung
Elke	Ball	Ländliche Erwachsenenbildung LEB e.V.
Martin	Batta-Lochau	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat
Dr. Frank	Beck	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Ulrich	Böhm	LBV Brandenburg e.V.
Ulf	Brandes	BRANDES & PARTNERS
Michael	Brentrup	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Martin	Burth	Kiezbündnis Klausenerplatz
Andreas	Fischer	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Margit	Gustiné	Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung in Berlin-Brandenburg
Ulrike	Häfner	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.
Henning	Heidemanns	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
Jörg	Hochmuth	Schlossbrauerei Fürstlich Drehna der Germania Brauerei GmbH
Sabine	Hübner	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
Dr. Christina	Kamlage	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Jan-Hendrik	Kathmann	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
Hannelore	Kaukel	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
Peter	Ligner	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Stefan	Löchtefeld	e-fect dialog evaluation consulting eG
Prof. Dr. Jörn	Mallok	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde
Jan	Maurer	TAURUS ECO Consulting GmbH
Maike	Melloh	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
Oliver	Mücke	Piratenpartei Brandenburg
Susann	Nitzsche	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde / Begleitung Naturschutzbeirat
Ulrich	Petschow	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW
Dr. Martin	Pohlmann	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Pascal	Rickert	e-fect dialog evaluation consulting eG
Jens	Rode	Arbeitslosenverband
Andreas	Rödel	Progeo GmbH
Juliane	Römer	Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg
André	Röser	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
Kai	Rückewold	pro agro e.V.
Dr. Klaus	Sauerborn	TAURUS ECO Consulting GmbH
Prof. Dr. Dr. Martina	Schäfer	Beirat für Nachhaltige Entwicklung
Arno	Schelzke	Schlossbrauerei Fürstlich Drehna der Germania Brauerei GmbH
Bente	Schmiade	DGB Berlin-Brandenburg
Sophie	Scholz	e-fect dialog evaluation consulting eG
Sebastian	Schulz	Progeo Holding AG
Dr. Klaus-Peter	Schulze	Stadt Spremberg
Dr. Elke	Seidel	Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Vorname	Nachname	Institution
Jens	Siebert	AG Dorf
Andrea-Liane	Spangenberg	Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.
Prof. Dr. Manfred	Stock	Beirat für Nachhaltige Entwicklung
Nicole	Thien	TAURUS ECO Consulting GmbH
Marco	Ullmann	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
Karl-Heinrich	von Bothmer	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat
Cedric	von der Hellen	Unternehmerverband Berlin-Brandenburg
Thomas	von Gizycki	B90/Die Grünen Fraktion im Landtag Brandenburg
Svenja	Wilhelm	e-fect dialog evaluation consulting eG
Michael	Wimmer	Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL) e.V.

Ansprechpartner

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Referat 55 Nachhaltige Entwicklung, umweltbezogene Fragen der
Wirtschaft und des Verkehrs, Luftreinhaltung, Lärminderung

Dr. Martin Pohlmann

Albert-Einstein-Straße 42-46

14473 Potsdam

Tel. 03 31-8 66 79 23

Email: martin.pohlmann@mugv.brandenburg.de

Dialoggestaltung

e-fect dialog evaluation consulting eG

Stefan Löchtfeld

Am Deimelberg 19

54295 Trier

Tel. 04 41-6 84 11 79

Email: dialog-brandenburg@e-fect.de

TAURUS ECO Consulting GmbH

Dr. Klaus Sauerborn

Universität Trier

Am Wissenschaftspark 25-27

54286 Trier

Tel. 06 51-2 01-31 30

Email: klaus.sauerborn@taurus-eco.de